



23. Sitzung

Mittwoch, den 15.02.2017

Mainz  
in der Steinhalle des Landesmuseums

Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	1177	<b>dazu:</b>	
<b>Orientierungsdebatte „Demokratie braucht Vertrauen – Gegen Lüge und Hass im Netz“</b>	1177	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur – Drucksache <a href="#">17/2244</a> – . . . . .	1202
Präsident Hendrik Hering: . . . . .	1177	Abg. Marion Schneid, CDU: . . . . .	1202
Abg. Julia Klöckner, CDU: . . . . .	1178		
Abg. Sven Teuber, SPD: . . . . .	1179		
Abg. Uwe Junge, AfD: . . . . .	1180	<i>Jeweils einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/2036 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung. . . . .</i>	1203
Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: . . . . .	1181		
Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	1182	<b>Landesgesetz zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes, des Landesgesetzes über die Höfeordnung und kostenrechtlicher Vorschriften</b>	
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin: . . . . .	1183	Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache <a href="#">17/2048</a> – Zweite Beratung	
Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: . . . . .	1184	<b>dazu:</b>	
Abg. Michael Frisch, AfD: . . . . .	1185	Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses – Drucksache <a href="#">17/2243</a> – . . . . .	1203
Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD: . . . . .	1185	Abg. Gordon Schnieder, CDU: . . . . .	1203
Abg. Helga Lerch, FDP: . . . . .	1186	Abg. Heiko Sippel, SPD: . . . . .	1203
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	1187	Abg. Bernhard Henter, CDU: . . . . .	1203
Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung: . . . . .	1188	Herbert Mertin, Minister der Justiz: . . . . .	1204
Abg. Gordon Schnieder, CDU: . . . . .	1189	Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	1204
Abg. Daniel Schäffner, SPD: . . . . .	1190	Abg. Damian Lohr, AfD: . . . . .	1204
Abg. Martin Louis Schmidt, AfD: . . . . .	1191	Abg. Marco Weber, FDP: . . . . .	1204
Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: . . . . .	1192	<i>Jeweils einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/2048 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung. . . . .</i>	1205
Herbert Mertin, Minister der Justiz: . . . . .	1193		
Abg. Astrid Schmitt, SPD: . . . . .	1194	<b>Landesgesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik</b>	
Abg. Ellen Demuth, CDU: . . . . .	1195	Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache <a href="#">17/2159</a> – Erste Beratung . . . . .	1205
Abg. Joachim Paul, AfD: . . . . .	1196		
Abg. Thomas Roth, FDP: . . . . .	1197		
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	1198		
Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz: . . . . .	1199		
Abg. Christian Baldauf, CDU: . . . . .	1200		
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: . . . . .	1201		
<i>Aussprache nach Einführung durch den Präsidenten durchgeführt. . . . .</i>	1202		
<b>Landesgesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften</b>			
Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache <a href="#">17/2036</a> – Zweite Beratung			

<p><i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/2159 – an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss. . . . .</i></p>	<p><b>1205</b></p>	<p>Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache <a href="#">17/2239</a> – Erste Beratung . . . . .</p>	<p><b>1205</b></p>
<p><b>...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die Beglaubigungsbefugnis</b> Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache <a href="#">17/2160</a> – Erste Beratung . . . . .</p>	<p><b>1205</b></p>	<p><i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/2239 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.</i></p> <p><b>Landesgesetz über das Verfahren bei Volksinitiativen, Referenden, Volksbegehren und Volksentscheiden</b> Gesetzentwurf der Fraktion der AfD – Drucksache <a href="#">17/2240</a> – Erste Beratung . . . . .</p>	<p><b>1205</b></p> <p><b>1205</b></p>
<p><i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/2160 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.</i></p> <p><b>Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Rengsdorf und Waldbreitbach</b></p>	<p><b>1205</b></p>	<p><i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/2240 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.</i></p>	<p><b>1205</b></p>

\* \* \*

**Präsidium:**

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

**Anwesenheit Regierungstisch:**

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

**Entschuldigt:**

Abg. Dr. Susanne Ganster, CDU, Abg. Horst Gies, CDU, Abg. Hedi Thelen, CDU; Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten.

### 23. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 15.02.2017

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

#### Präsident Hendrik Hering:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 23. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz und begrüße Sie recht herzlich.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich die Kollegen Lothar Rommelfanger und Adolf Kessel. Herr Kessel wird die Redeliste führen.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Dr. Susanne Ganster, Horst Gies und Hedi Thelen sowie Frau Staatsministerin Ulrike Höfken.

Wir dürfen heute einem Kollegen zu einem runden Geburtstag gratulieren. Am 27. Januar 2017 ist Andreas Rahm 50 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, entsprechend einer Übereinkunft des Ältestenrates und in Abweichung der Geschäftsordnung wird heute die Aktuelle Debatte aufgrund der Durchführung der Orientierungsdebatte entfallen. Eine Aktuelle Debatte wird es in der 24. und 25. Plenarsitzung, also morgen und übermorgen, geben. Darüber hinaus wird die Fragestunde in der 25. Plenarsitzung am Freitag entfallen.

Gibt es darüber hinaus noch Anmerkungen zur Tagesordnung? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beginnen die heutige Plenarsitzung mit **Punkt 1** der Tagesordnung:

#### **Orientierungsdebatte „Demokratie braucht Vertrauen – Gegen Lüge und Hass im Netz“**

#### Präsident Hendrik Hering:

Wir führen eine solche Orientierungsdebatte zum zweiten Mal im rheinland-pfälzischen Landtag durch. Mit dem heutigen Thema greift der Landtag eine gesellschaftliche Diskussion auf, wie sie aktueller nicht sein kann. Ich bin froh darüber, dass sich das Parlament mit diesem Thema auseinandersetzt und meiner Ansicht nach auch auseinandersetzen muss. Deswegen möchte ich an dieser Stelle ein paar einleitende Worte an Sie richten.

Die sozialen Medien können ein Seismograf für Stimmungen in unserer Gesellschaft sein. Immer stärker findet hier politische Partizipation statt. Oft werden dabei schneller Dinge thematisiert und diskutiert und schaffen erst dann den Sprung in die Nachrichten.

Für unsere Kommunikation bieten die sozialen Netze große Chancen. Sie sind schnell, direkt, ungefiltert. In

Echtzeit können wir Entscheidungen und wichtige Ereignisse miterleben. Sie können digitale Teilhabe ermöglichen. Gleichzeitig bergen sie aber auch Risiken. Es ist schwer, Geschriebenes zurückzunehmen. Oft werden Vorurteile ungeprüft weiterverbreitet. Der Wahrheitsgehalt einer Aussage ist nicht direkt erkennbar.

Zunehmend beobachten wir, dass der Ton in sozialen Netzen schärfer, der Umgang miteinander rauer, ja zum Teil brutaler wird. Durch die Distanz und die Anonymität des Netzes äußern viele Menschen Dinge, die sie im persönlichen Gespräch oder in einer öffentlichen Veranstaltung nie äußern würden. Dabei werden Grenzen unbewusst, aber manchmal auch ganz bewusst verletzt und verschoben.

Aus einer anonymen Masse heraus fällt es leichter, Vorurteile und Anfeindungen gegenüber Minderheiten zu artikulieren. Facebook beispielsweise dient dabei als Verstärker bereits bestehender Vorurteile. Inhalte werden für den Nutzer aufgrund seiner Vorlieben vorgefiltert und nur noch jene Inhalte angezeigt, die für die Bestätigung seiner Ansichten am relevantesten sind. Ängste werden dabei so lange bestätigt, bis sie sich wie die Realität anfühlen. Meinungen bleiben dabei so eindimensional, bis sie zur absoluten Wahrheit werden. Einschüchterungen und sogar die Bedrohung Andersdenkender werden bei diesem Prozess immer öfter toleriert und akzeptiert.

Ängste werden gefährlich, wenn sie nicht mehr im Verhältnis zu tatsächlichen Bedrohungen stehen, wenn sie unterfüttert statt konfrontiert werden. Was einerseits ein Marktplatz für Meinungen ist, kann dann zum medialen Pranger werden, wenn ein sachlicher Austausch verschiedener Meinungen nicht mehr stattfindet. Ein Grundproblem ist dabei, dass das Hauptziel der kommerziellen Anbieter die Gewinnmaximierung ist.

Wir brauchen und wollen keine Zensur im Netz; aber genauso wenig dürfen wir Einschüchterungsversuche akzeptieren. Beides schränkt die Meinungsfreiheit gleichermaßen ein. Diese Einschränkung der Meinungsfreiheit dürfen wir nicht hinnehmen. Es ist daher unsere Pflicht, hinzusehen und einzuschreiten.

Wir brauchen keine schweigende Mehrheit, sondern einen Aufstand der Anständigen. Wer wegschaut, macht sich auch hier mitverantwortlich; denn erst durch das Wegschauen können sich Lüge und Hass Bahn brechen bis mitten in die Gesellschaft.

Demokratie braucht Vertrauen. Das ist für mich der entscheidende Punkt, über den wir hier sprechen müssen. Die Welt dreht sich gefühlt immer schneller. Die Nachrichtendichte macht vieles auf den ersten Blick undurchschaubarer. Verantwortlichkeiten sind nicht mehr klar definiert. Das kann zu einem Gefühl der Ohnmacht führen und im schlimmsten Fall zu einem Vertrauensverlust.

Was können wir dagegen tun? Aus meiner Sicht ist das Parlament der richtige Ort, in dem Vertrauen wiederhergestellt werden kann. Hier muss unser Parlamentarismus ansetzen.

Im Parlament ist der einzige Ort, in dem ein Austausch der Argumente bei klaren und anerkannten Spielregeln trans-

parent erfolgen kann, und bei einem Diskussionsprozess können hier demokratisch legitimierte Entscheidungen getroffen werden. Hier müssen die fundamentalen Probleme unserer Gesellschaft sichtbar und dauerhaft thematisiert werden. Wir dürfen nicht erlauben, dass die Menschen das Gefühl haben, dass wir keine Lösungen für ihre Probleme finden, wir sie nicht ernst nehmen oder respektieren. Wir müssen einen Raum bieten, in dem sachlich, respektvoll und fair miteinander diskutiert wird und die sogenannten alternativen Fakten keinen Platz haben.

Die demokratischen Parlamente müssen Antworten finden auf das, was die Menschen bewegt. Dazu gehören Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit, und es gehört dazu zu sagen, dass man nicht für jedes Problem sofort eine Lösung hat, man aber an jedem Tag daran arbeitet und versucht, das Leben der Menschen besser zu machen.

Ich bin sicher, diese Ehrlichkeit wird anerkannt und geschätzt. Ich habe in meiner Antrittsrede als Präsident an den ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau erinnert und möchte auch heute noch einmal ins Gedächtnis rufen: Es geht darum zu sagen, was man tut, und zu tun, was man sagt. – Genauso ist es, und es ist besonders so für uns als Parlamentarier.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei CDU und AfD)

Bevor wir mit der eigentlichen Debatte beginnen, darf ich noch Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Dies ist zunächst Prinz Andrew XI. und Prinzessin Charnae I. von der Karnevalsgesellschaft Rot-Weiss Ehrang, wobei ich an dieser Stelle sagen möchte, dass Prinzessin Charnae für diese Aufgabe extra für sechs Wochen aus Südafrika nach Rheinland-Pfalz gekommen ist. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Weiterhin darf ich Schülerinnen und Schüler der Klasse 8d der Realschule plus in Lahnstein begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, dass jeder Debattenteilnehmer eine Redezeit von fünf Minuten hat. Ich erteile zunächst der Abgeordneten Julia Klöckner das Wort, die auch Initiatorin der Debatte ist. Sie haben das Wort.

**Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen heute über eine Entwicklung reden, die unsere Kommunikationskultur gefährdet. Es geht um den Umgang mit Lügen, Hass und Hetze im Internet und um die Auswirkungen für unser Zusammenleben.

Natürlich ist das Internet ein Medium mit vielen Vorteilen. Es verbindet und es überwindet Grenzen, es erleichtert unseren Alltag und unsere Arbeit, aber es verleitet auch.

Das Internet, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Echo-raum von Enthemmung, Beschimpfung, Unwahrheit und die Anonymität an der digitalen Theke geworden. Diese Anonymität hat kein Gegenüber, dem man in die Augen schaut. Je weniger offenes Visier, desto mehr wird vom Leder gezogen und Unwahres verbreitet.

Falschmeldungen reisen mit sehr leichtem Gepäck im Internet, frei von Recherche, und sie sind schneller als echte Nachrichten. Wenn aber gefühlte und gewünschte Wahrheiten stärker werden als Fakten, wenn im Internet die Regeln der analogen Welt über Bord geworfen werden und das Mindestmaß an Anstand und auch an Respekt verloren geht, dann wird dies nicht ohne Auswirkung auf unser Zusammenleben bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das macht mir Sorge; denn es geht um das Vertrauen und das Immunsystem unserer Demokratie. Wenn Fakten eine immer geringere Rolle spielen, dann ist unsere Demokratie in diesem Land gefährdet.

(Beifall der CDU und des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich bei allen Fraktionen, dass sie meinem Vorschlag gefolgt sind, darüber eine Orientierungsdebatte in diesem Landtag zu führen. Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen sich informieren. Sie wollen wissen, was in der Welt los ist. Heute sind die sogenannten sozialen Medien – Twitter, Facebook, Google, Blogs und vieles andere – eine wichtige Informationsquelle und auch Orte des Austauschs. In der Weite und Schnelligkeit dieser Daten- und Nachrichtenströme brechen aber auch Hemmschwellen weg. Wahrheit verliert an Wert. Dazu tragen gefälschte Meldungen, Namen und Accounts, die es überhaupt nicht gibt, gefälschte Follower-Zahlen, hinter denen Roboter stecken, Shitstorms und Propagandaattacken aus dem Ausland bei. Je mehr provoziert wird, umso mehr dringt man durch.

Beispiele gibt es viele: Hillary Clinton und der Pädophilering, Flüchtlinge, die heimlich Schwäne meucheln, falsche Milliarden-Zahlung Großbritanniens an die EU oder das Outing des Papstes als Trump-Fan. – Es ist eben profitabel, solche falschen Geschichten zu verbreiten. Das gibt Klicks, was wiederum Werbung und auch Geld bringt.

Deshalb können wir die Plattformen wie Facebook und Google nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Noch immer weigern sie sich, erwiesene Lügen und Hetzen umgehend zu löschen. Das müssen wir ändern.

(Beifall der CDU und des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Meinungen werden durch das Verbreiten von Falschmeldungen manipuliert. Das ist nicht neu. Gerüchte gab es schon immer. Neu sind aber die Schnelligkeit und die Intensität im Internet. Hunderttausende lesen eine Lüge, halten sie für wahr, noch bevor der Betroffene oder recherchierende Journalisten das klarstellen konnten. Übrigens nennt Russland – der Geheimdienst – solche Manipulationen aktive Maßnahmen. Das sind computergesteuerte Irreführungen.

Übrigens, fast 20 % aller Tweets zur US-Wahl wurden von Maschinen und nicht von Menschen verfasst. Deshalb warnt auch der Bundeswahlleiter, dass unsere Bundestagswahl durch gefälschte Nachrichten und auch durch Hackerangriffe beeinflusst werden kann. Die Echokammer Internet spiegelt also nicht nur Inhalte, sondern auch Sprache. Wenn man weiß, es kommt kein Widerspruch, wird es häufig sehr, sehr hemmungslos.

Liebe Kollegen, das ist die Stunde von Radikalen und Demagogen. Deshalb müssen wir hier achtsam sein.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine Gratwanderung. Wir wollen uns das nicht gefallen lassen, aber es geht auch nicht darum, die freie Meinungsäußerung zu beschneiden. Es gibt strafrechtlich Relevantes, aber wir wissen, dass das Grundgesetz nicht zwischen analog und digital unterscheidet. Wenn jemand im Netz dafür plädiert, Flüchtlinge in KZ-Öfen zu entsorgen, oder im Netz Menschen dazu aufruft, sich aufgrund einer Ideologie in die Luft zu sprengen, dann darf das nicht ohne Folgen bleiben. Es ist nicht nur eine Mediendebatte, es ist auch die Frage, wie wir zukünftig leben wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Orientierungsdebatte führt dazu, dass wir uns in der Zukunft hoffentlich weiter vertieft damit beschäftigen werden. Wir Christdemokraten sind offen für eine Enquete-Kommission hierzu, für eine Schwerpunktanhörung. Wir wollen, dass die Lehrpläne überarbeitet werden; denn 90 % der Jugendlichen haben einen Zugang zum Internet, verbringen 18 Stunden pro Woche im Internet. Wir wollen, dass die Medienkompetenzschulung erweitert wird, dass man Hetze und Lügen erkennen kann. Ich bin auch der Meinung, wir sollten uns als Parteien dazu äußern und klar sagen, dass wir uns von sogenannten „Social Bots“ distanzieren und keine intransparenten Methoden für die Wahl nutzen.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei FDP  
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Glocke des Präsidenten)

Gesellschaftlich – damit möchte ich schließen – will ich sagen, wir alle sind verantwortlich für das Wohlergehen unserer Gesellschaft. Wir Politiker müssen auch selbstkritisch sein und eine Basis für Identifikation bieten. Wir selbst dürfen nicht das Vakuum produzieren, das Raum für lautstarkes Dagegen lässt. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie verträgt keine Resignation, sondern diese Debatte und dann Lösungen.

(Beifall der CDU und bei SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Teuber das Wort.

#### **Abg. Sven Teuber, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, liebe User im Netz am Livestream; denn

auch über Sie und uns alle sprechen und debattieren wir!

Lügen oder gar Hass im Netz sind unerträglich. Sie können persönlich verletzend sein und dabei auch Straftaten darstellen. Die rechtlichen Wege stehen dann allen offen. Dass dies bereits funktioniert, wurde unter anderem durch das gestrige Urteil zur Beleidigung von Claudia Roth bei Facebook deutlich. Von Geldstrafen wie in diesem Fall ist häufiger zu lesen, aber auch Strafen zur Bewährung wurden bereits verhängt.

Im Netz gilt also wie auf der Straße, wer sich nicht an Regeln hält, bekommt die Härte des Gesetzes zu spüren. Forderungen nach Verschärfungen rechtlicher Art könnten daher als populistische Scheinlösung ohne Mehrwert für den Bürger wirken. Wir brauchen solche Feigenblätter nicht, sondern Aufklärung und Courage. Wir müssen uns am digitalen Stammtisch, auf unserem virtuellen Marktplatz wehren. Ja, das ist anstrengend, aber es ist wirkungsvoll. Wir müssen aufstehen, Widerstand leisten und ebenso ertragen.

Das ist Demokratie. Nur so kann auch ein lebendiges Netz die 95 % der User stärken, die sich mit gegenseitigem Respekt dort auch täglich begegnen.

Was wäre eine Alternative? Eine Kontrollinstanz für „Fake News“? Doch wer entscheidet über die Kriterien, nach denen Nachrichten auf einmal Lügen sind? Ist etwas offensichtlich ein „Fake“, wenn es nicht meiner Perspektive entspricht? Stärkt das Kennzeichnen oder gar Löschen von angeblichen „Fake News“ wirklich das Vertrauen in eine offene Gesellschaft, oder könnte dadurch nicht viel mehr Zensur entstehen, die ausgegrenzt? Was ist mit den „Fake News“ in Büchern, Zeitungen oder im Rundfunk? Trauen wir uns auch daran, oder arbeiten wir uns nur am Internet ab?

Diese Kette an offenen Fragen könnte ich noch schier endlos weiterführen, doch alle Fragen zeigen im Kern nur, wie wirkungslos und gefährlich eine Beschneidung der Freiheit im Netz wäre. Sie kann schnell zu einer Zensur führen, die Menschen nicht selbst zutraut, Fakten von Lügen zu unterscheiden. Wir brauchen nichts Neues, sondern eine Stärkung von Bewährtem. Es braucht neben der eigenen Sensibilität vor allem eine starke, wertgeschätzte, unabhängige Presse. Die Menschen in unserem Land wissen um ihre Bedeutung und Qualität. Das Vertrauen in die Medien ist im vergangenen Jahr weiter gewachsen. Immer mehr Menschen bekennen sich einer Studie der Mainzer Kommunikationsforscher zufolge dazu, den Medien zu vertrauen. Das ist eine motivierende Erkenntnis, die für mich deutlich macht, worum wir uns vorrangig kümmern sollten: die Stärkung unserer Pressefreiheit, der freien Meinungsäußerung und eines freien Netzes.

Wenn „Reporter ohne Grenzen“ im letzten Ranking der Pressefreiheit feststellt, dass in Deutschland die Angriffe auf Journalisten massiv zugenommen haben, wenn sogar politische Parteien auf deutschem Boden die freie Presse in ihrer Berichterstattung behindern, dann muss uns Demokratinnen und Demokraten dies umtreiben. Pressefreiheit ist das Korrektiv, der Spiegel unserer Gesellschaft. Sie gilt es zu wahren und zu stärken. Daher ist es richtig, dass wir in der Förderung von Medienpädagogik als Land einen

Schwerpunkt setzen.

Wir sollten darüber debattieren, was uns Journalismus wert ist und was wir dafür zahlen wollen. Immer mehr Digitales zu immer kleineren Preisen führt zu immer weniger Auflage, weniger Werbung, weniger Verlagen, weniger Journalistinnen und Journalisten, weniger kritischer Berichterstattung und immer weniger Meinungsvielfalt – das Ganze bei einer sich komplex global vernetzenden Welt, die durch unsere Digitalisierung und den minütlichen Nachrichten hunger den Druck zur Schlagzeile zu einer Art Überlebenskampf macht.

Wer profitiert? Lügner und Hetzer, die unbescholtener denn je dann Propaganda verbreiten können. Faktencheck? Fehlanzeige. Eine reine Kennzeichnung einer „Fake News“ hilft dort nicht weiter, im Gegenteil, Vertrauen könnte dadurch erst richtig erschüttert werden. Unsere freie Gesellschaft dürfen wir nicht nur behaupten. Wir müssen diese Werte auch leben, und die Freiheit ist dabei das entscheidende Moment, doch Freiheit bedeutet auch, andere unbequeme oder gar falsche Behauptungen auszuhalten – morgens beim Bäcker, mittags auf der Arbeit oder abends im Netz – , jedoch nicht ohne Widerspruch, ohne Gegenwehr.

Da halte ich es mit Carolin Emcke und komme damit zum Schluss. Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitiere ich Carolin Emcke aus ihrer Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im vergangenen Jahr: „Eine freie, säkulare, demokratische Gesellschaft ist etwas, das wir lernen müssen. Immer wieder. Im Zuhören aufeinander. Im Nachdenken übereinander. Im gemeinsamen Sprechen und Handeln.“ Ist das mühsam? Ja. Ist das richtig? Ja.

In diesem Sinne plädiere ich für ein Aufstehen gegen Lüge und Hass im Netz und überall. Wir sind alle gefordert. Kämpfen wir gemeinsam Seit' an Seit', und laden wir in unsere Mitte ein.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Uwe Junge.

#### **Abg. Uwe Junge, AfD:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die heutige Orientierungsdebatte, gibt sie uns doch Gelegenheit, ein Stimmungsbild über den hier vertretenen Meinungsppluralismus und das Verständnis der freien Rede nicht nur für dieses Haus darzulegen, sondern auch nach außen zu tragen. Wir wollen heute über Lüge und Hass im Netz sprechen, und Lüge und Hass ist so alt wie die Menschheit selbst. Sie hat nicht im Netz begonnen, sondern war schon immer da. Das Medium ist dabei egal, die Wirkung bleibt immer die gleiche. Sie sind verletzend, diffamierend, beleidigend und meist interessengelenkt. Lügen

und Hass sind Vorgänge, die im Geist manifestiert sind, und diese Haltungen und Denkmuster können nur sehr schwer geändert werden. Der einzige Weg zur Änderung von Geisteshaltung besteht aber nicht darin, deren Auswüchse im Internet einzudämmen, bereits sanktionsfähige Straftaten wie Verleumdung und Beleidigung erneut mit weiteren Strafen zu belegen, sondern darin, die Ursachen der vorhandenen Denkmuster und Geisteshaltungen zu beseitigen.

(Beifall der AfD)

Dieses Phänomen wird auch dadurch genährt, dass Regierende oder das sogenannte Establishment die Inhaber einer anderen, abweichenden Meinung als Abgehängte oder Mob bezeichnen. Diese Herabsetzung, das Gefühl missachtet zu werden, und die Ohnmacht, sich dagegen nicht wehren zu können, findet dann seinen emotionalen Ausdruck in den sogenannten sozialen Netzwerken. Wenn Bürger sich durch Entscheidungen der Politik und der Berichterstattung nicht mehr vertreten fühlen, dann wächst der Unmut und sucht sich ein Ventil. Ich möchte die Auswüchse in keiner Weise in Schutz nehmen – sie kommen von allen Seiten –, aber will doch darauf hinweisen, dass oft auch Ursache und Wirkung in dieser Debatte nicht verwechselt werden dürfen.

Wenn Regierende im Gehorsam, erst nachdem ein Sachverhalt in den sozialen Medien kursiert, mit der Wahrheit herauskommen, obwohl sie bekannt war, dann verlieren sie in gleichem Maße die Glaubwürdigkeit, wie sie die Internetmedien gewinnen. Das Internet begünstigt die schnelle, unüberlegte und emotionale Meinungsäußerung, ohne ernsthafte Folgen befürchten zu müssen. Die Erfindung des Buchdrucks führte das Mittelalter in die Neuzeit, eine Zeitenwende, zu deren Beginn größte Skepsis, Ablehnung und auch Zensur stand. Damals war jede missliebige Meinung schnell Ketzerei oder das Mittel zur Verbreitung des Werkzeuges des Teufels.

(Beifall der AfD)

Brauchte vor ein paar Jahren eine Nachricht noch Stunden, um verbreitet zu werden, kann dies nun fast in Echtzeit erfolgen: ungefiltert, unrecherchiert, ungeschnitten und unkommentiert. – Lüge und Hass sind Phänomene einer Gesellschaft, die sich zunehmend aus dem realen öffentlichen Raum zurückzieht und ihre Erfüllung innerhalb der eigenen vier Wände sucht, weil sie sich vielleicht auch von der Welt da draußen nicht mehr mitgenommen fühlt. Tastaturhelden, die sich einer realen Auseinandersetzung niemals stellen würden, verlieren jede Hemmung, jede Contenance und jeden Respekt. Sie schreiben Dinge, die sie von Angesicht zu Angesicht niemals sagen würden.

Die daraus entstehende Gewalt, wie etwa die verbalen Verunglimpfungen der Kanzlerin am Einheitstag oder die hasserfüllten Exzesse der Antifa auf unseren Veranstaltungen, drängen mehr und mehr auf die Straße und werden zur realen Gefahr. Wie aber sollen „Hate Speech“ und „Fake News“ überprüft werden? Wer legt fest, wann die Meinungsäußerung aufhört und wann die Hasssprache anfängt? Das ist wohl immer auch eine Frage der Perspektive und der inneren Einstellung.

Wer aber versucht, Meinungen zu verbieten, wird bald eine Renaissance all dieser verachtungswerten Unrechtssysteme der DDR, des Nationalsozialismus, der sogenannten Demagogenverfolgung, der Hexenverfolgung und vieler anderer erleben. Ich denke, das wollen wir alle nicht. Das kann aber nicht im Interesse einer pluralistischen Gesellschaft sein. Ich warne ausdrücklich vor den Folgen von Meinungs- und Gesinnungsschnüffelei. Das verbriefte Recht der freien Meinungsäußerung darf nicht aus parteipolitischen oder auch ideologischen Beweggründen ange-tastet werden.

Meine Damen und Herren, der Landtag sollte beispielgebend für eine angemessene Streitkultur sein, und dennoch muss man bei kontroversen Diskussionen und Themen auch eine klare Kante vertreten können, ohne permanent gemäßregelt zu werden. Aber jede abweichende Meinung, die nicht dem eigenen Weltbild entspricht, als rassistisch, undemokratisch zu bezeichnen, versachlicht eben die Diskussion nicht, sondern verschärft sie. Die Tendenz, jede unliebsame Äußerung zu sanktionieren, kommt der Zensur schon ziemlich nahe. Zensur verhindert nicht das Denken, aber es radikalisiert das Handeln. Die Bürger nehmen sich an uns auch ein Beispiel.

(Glocke des Präsidenten)

Und deshalb bleiben wir deutlich, ohne zu beleidigen, formulieren wir scharf, ohne zu diffamieren, und bleiben wir humorvoll, ohne lächerlich zu machen.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die FDP-Fraktion spricht die Abgeordnete Willius-Senzer.

#### **Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Die Kinder widersprechen ihren Eltern, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer. – Diese Feststellungen – in zeitgemäßer Sprache hieße das Newsbashing – stammen übrigens – Sie kennen das Zitat bestimmt – nicht aus einer gesellschaftskritischen Studie eines der vielen Forschungsinstitute unseres Landes, sondern vom athenischen Philosophen Sokrates. Sie sind also annähernd 2.500 Jahre alt.

(Vereinzelt Beifall bei FDP, SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der viel beschriebene Generationskonflikt ist also, wenn wir ehrlich sind, ein eher zeitloses Phänomen. Es gibt auch bis heute keinerlei wissenschaftliche Nachweise über reduzierte Intelligenz, Kompetenzverluste im Allgemeinen und im Besonderen oder über den moralischen Verfall von Jugendlichen. Dennoch werden die Stimmen und Klagen über die Jugendlichen von heute immer lauter.

Ich will mich aber an diesem Jugendbashing nur partiell

beteiligen. Mir geht es in erster Linie um die Frage, wie wir dazu beitragen können, unseren abendländischen Wertekanon – ja, das klingt sehr traditionell – nicht nur Kindern und Jugendlichen von heute überzeugend zu vermitteln, sondern auch uns, der Generation Forty-Something – ich gehe davon aus, Sie alle wissen, was ich meine –,

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

wieder in Erinnerung zu rufen. Es braucht Vorbilder, nicht zuletzt angesichts der Zunahme von Hass und Gewalt sowie der unübersehbar zunehmenden Verrohung unserer Gesellschaft, in der jemand, der Begriffe wie Respekt, Demut oder sogar Barmherzigkeit im Munde führt, bestenfalls belächelt wird.

Um ganz konkret zu werden, möchte ich ein Beispiel aufgreifen, die viel beklagte Verrohung der Sprache. Es ist zugegebenermaßen erschreckend, welche Niveaulosigkeiten heutzutage in Wort und Schrift produziert werden, nicht zuletzt in Hassmails in den sogenannten sozialen Medien, die man zutreffenderweise eher als asoziale Medien bezeichnen müsste.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Beängstigend sind in diesem Zusammenhang wissenschaftliche Erkenntnisse, auch die neueste Erkenntnis, der zufolge Sprache das Verhalten der Menschen beeinflusst. So gibt es klare Hinweise darauf, dass eine aggressive Sprache aggressives Handeln nach sich zieht. Darüber sollten wir einmal nachdenken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die sozialen Netzwerke alleine als Ursache für die sinkende Hemmschwelle bei verbalen Angriffen verantwortlich zu machen, ist sicher zu kurz gegriffen. Die Sprachverrohung wird zwar vielfach durch die Anonymität des Internets forciert, doch leider ist dieses Phänomen auch im realen Leben, also sozusagen offline, zu beobachten, auch bei uns im politischen Alltag, in den Medien und Filmen, am Arbeitsplatz, in Schulen und anderen Bereichen.

Sprachverrohung ist kein singuläres Problem der heutigen Jugend. Es ist allgemein unser Problem. In meinem Berufsverband, dem ADTV, habe ich erst kürzlich darauf hingewiesen, wie wichtig eine wertschätzende und deeskalierende Sprache ist, vor allem im täglichen Umgang. Wir müssen die Menschen – und nicht nur Jugendliche – dafür sensibilisieren, dass ein respektvolles Miteinander und gute Umgangsformen wieder selbstverständlich werden müssen. Dazu gehören die Erkenntnis sowie die Vermeidung selbst unterschwelliger Respektlosigkeiten. Schon das dient dem Abbau von Aggressionen und der Verbesserung der Kommunikation.

(Beifall der FDP und bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt aber auch, dass wir uns alle an die Nase fassen müssen. Lassen Sie uns daher, statt über eine verrohende Jugend zu schimpfen, gute Vorbilder sein, auch im Hinblick auf unsere Sprache. Wir sollten uns tagtäglich und immer wieder prüfen, ob wir, die Politiker und Politikerinnen, die wir im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung stehen, unse-

re Worte mit der gebotenen Sorgfalt und dem gebotenen Respekt, auch vor dem politischen Gegner, wählen.

Wir sollten darüber hinaus, sozusagen als Probe aufs Exempel im Alltag, Kindern und Jugendlichen – dabei wiederhole ich mich gerne als Benimmtante – zunächst wieder drei schlichte Worte nahebringen: bitte, danke und Entschuldigung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei CDU und AfD – Abg. Christian Baldauf, CDU: Vor allem das letzte!)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Schellhammer.

**Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir dürfen bei der heutigen Debatte eines nicht vergessen: Das Internet ist eine große Errungenschaft. Es bringt Menschen grenzübergreifend zusammen. Es liefert Informationen. Es schafft wirtschaftliche Innovation.

Die freie Kommunikation und die freie Meinungsäußerung gehören zu diesen großen Errungenschaften unserer digitalen Demokratie. Ich bin überzeugt, diese Freiheit zu beschränken, wäre absolut falsch. Es wäre ein Kniefall vor den Demokratiefeinden. Liest man sich nämlich die Hasskommentare durch, wird doch klar, dass sie vor allem eines wollen: uns unsere Freiheit nehmen, die Freiheit, anders zu leben, zu glauben, zu lieben, anderer Herkunft oder Meinung zu sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP)

Immer wieder kommt es dazu, dass die Grenzen der freien Meinungsäußerung überschritten werden. Wenn sich blanker Hass und gezielte Lüge zum Aufwiegeln der Bevölkerung gegen Minderheiten breitmachen, ist das nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Hier müssen Demokratinnen und Demokraten mit klarer Haltung und der Rechtsstaat mit konsequentem Vorgehen dagegenhalten.

Wenn pauschal und verächtlich gesellschaftliche Gruppen abgewertet werden, verletzt das die Würde jeder Person in dieser Gruppe. Menschen werden allein aufgrund ihres Glaubens oder Nichtglaubens, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Geschlechts oder weil sie beispielsweise Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politiker oder engagierte Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer sind, als ungleichwertig herabgesetzt.

Das tagtägliche Lesen solcher Feindseligkeiten hat seine Folgen. Menschen erfahren Ablehnung. Sie fühlen sich in ihrer freien Entfaltung eingeschränkt. Es ist klar: Wer anfeindet, nimmt anderen Menschen ihre Freiheit und Lebensqualität.

Stammtischparolen kennen wir schon lange. Im Netz erhalten sie aber eine neue Dimension. Hass wird sichtbar und teilbar. Hass multipliziert sich.

In den „Filter Bubbles“ der sozialen Netzwerke erhält Menschenfeindlichkeit einen neuen Resonanzboden. Fremdenfeinde fühlen sich in ihrer Einstellung bestätigt. Nur so kommt es bei ihnen zu der Illusion, sie wären das Volk oder ihre Meinung der eigentliche Volkswille. Das Netz wirkt hier verzerrend als Hassverstärker.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass aus verbaler Gewalt auch reale Gewalt wird. Vor jeder Tat war immer erst der Gedanke oder das Wort. Gewaltbereite Gruppen sehen sich durch den Hass im Netz angestachelt. Ihre Anschläge beispielsweise gegen Flüchtlingsheime werden von Schreibtischtätern noch bejubelt. Diese Gewaltspirale müssen wir durchbrechen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und bei der SPD)

Ganz klar ist auch: Plattformbetreiber haben hier ihre Verantwortung. Offensichtliche Verleumdung und üble Nachrede müssen schnellstmöglich, allerspätestens jedoch nach 24 Stunden, gelöscht werden.

Auch jeder und jede aber, die eine Facebook-Seite betreibt, trägt Verantwortung. Wenn demokratische Grundprinzipien massiv verletzt werden, dürfen diese Kommentare nicht ohne Weiteres unwidersprochen bestehen bleiben.

Auch die Strafverfolgungsbehörden müssen bestehendes Recht konsequent anwenden. Unser Strafrecht hat vieles, das heute in der Debatte erwähnt wird, bereits unter Strafe gestellt. Es geht darum, die individuellen Rechte und den staatlichen Strafanspruch wirksam durchzusetzen.

Straftaten werden online begangen. Es gibt aber bislang keine Möglichkeit, in Rheinland-Pfalz online Anzeige zu erstatten. Für mich ist deshalb klar: Wir brauchen eine Online-Wache bei der Polizei Rheinland-Pfalz. Damit geben wir von Hasskommentaren betroffenen Personen eine weitere Anlaufmöglichkeit.

Wenn sich Hassende in ihrer „Filter Bubble“ gegenseitig in ihrer Menschenverachtung bestätigen, muss die Zivilgesellschaft dagegenhalten. Nur so kann der Eindruck verhindert werden, dass dort die „eigentliche Meinung“ des Volkes vertreten würde. Wir müssen also heraus aus unserer Komfortzone, hinein in die „Filter Bubble“, und widersprechen.

Wir brauchen digitale Zivilcourage, die immer wieder ausdrückt, nein, euer Hass ist nicht die Meinung des gesamten Volkes, euer Hass ist eine Mindermeinung. Deswegen brauchen wir ganz klar Präventionsstrukturen in Rheinland-Pfalz gegen solche plumpen Vorurteile und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Es ist auch die Aufgabe von Politik, solche Präventionsangebote zu gewähren.

Der Hass muss heraus aus dem Netz. Er muss aber auch heraus aus den Köpfen. Als Demokratinnen und Demokraten dürfen wir nicht hinnehmen, dass durch Diskriminierung den Menschen Würde und Freiheit genommen wird.



Wir dürfen das freie Netz als große Errungenschaft nicht Hass und Lügen überlassen. Das ist unsere Verantwortung.

(Glocke des Präsidenten)

Wir dürfen das Netz nicht den Hetzerinnen und Hetzern überlassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD, der FDP und bei der CDU –  
Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die Landesregierung spricht die Ministerpräsidentin.

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Die überwältigende Mehrheit der Menschen nutzt das Internet ohne Hass. Es ist nur ein kleiner Teil der Nutzer und Nutzerinnen im Netz, der seinem Hass und seiner Hetze online freien Lauf lässt. Definitiv sind es zu viele; deshalb ist es gut, dass man darüber spricht.

Digitale Demokratie werden wir nicht durch Zensurmaßnahmen oder Wahrheitskommissionen voranbringen. Das ist auch meine feste Überzeugung. Genauso klar ist aber auch, es bedarf der Durchsetzung des Rechts im Netz genauso wie auch im ganz normalen analogen Leben. Strafbare Inhalte wie Beleidigungen, Verleumdungen und Volksverhetzung werden mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpft. Straftaten müssen offline und online gleichermaßen geahndet werden können.

Nach einer aktuellen Meldung des Landeskriminalamtes, die Sie sicherlich alle gelesen haben, ist die Zahl der polizeilich erfassten Hassdelikte im Internet in Rheinland-Pfalz im Jahr 2016 um 31 Prozentpunkte gesunken. Grund dafür ist auch die breite mediale Thematisierung der Problematik. Wir sehen, die öffentliche Auseinandersetzung damit, wie wir uns unser Leben und unser Miteinander im Netz vorstellen, ist hilfreich. Wir wollen das Netz und unsere digitale Zukunft positiv begreifen und gestalten.

Deshalb ist mein erster wichtiger Punkt: Das Recht gilt natürlich auch im Internet. Plattformbetreiber müssen dabei ihrer Verantwortung nachkommen. Wir brauchen dafür verantwortliche Ansprechpartner bei den sozialen Netzwerken im Inland, an die sich Betroffene, Justiz und Strafverfolgungsbehörden wenden können. Wir brauchen einfachere Kommunikationswege für Nutzer und Nutzerinnen, damit strafbare Inhalte den Betreibern der Plattformen gemeldet werden können. Hassbotschaften müssen von Plattformbetreibern gelöscht werden. Dafür sind sie in der Pflicht.

Zum Zweiten: Die Landesregierung macht eine Politik, die junge Menschen ermutigt und ertüchtigt, aktiv für die Stärken unserer Demokratie einzutreten. Wir müssen junge Menschen für die digitale Welt fit machen. Politische Bildung und Medienkompetenz sind nachhaltige Antworten auf Hass und Lügen im Netz. Deshalb investieren wir in politische Bildung und in Medienkompetenz.

Zum Dritten: Seriöse professionelle Medienarbeit ist das Gegengewicht zu „Fake News“ und Propaganda im Netz. Wir brauchen gut recherchierte Nachrichten. Die Menschen suchen im Übrigen verlässliche Informationen. Der Bedarf für unsere duale Medienlandschaft, für die privaten Medienunternehmen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist da. Sie können „Fake News“ etwas entgegensetzen, nämlich unabhängige gut recherchierte Nachrichten.

Wir gestalten die Rahmenbedingungen. Zum Beispiel müssen wir ARD und ZDF für die digitale Welt fit machen und von ihren Internettesseln befreien, wie zum Beispiel von der Regel, dass Beiträge nur sieben Tage im Netz zur Verfügung stehen.

Ein weiteres gutes Beispiel, das ich nennen will, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk ohne all diese Fesseln mit der Thematik im Netz agiert, ist funk, das junge Angebot von ARD und ZDF.

Zum Vierten ist mir nochmals wichtig: Dem Hass in den Herzen und der Wut in den Köpfen müssen wir widersprechen. Wir müssen selbstbewusst gegenhalten. Auch das wurde schon gesagt. In der analogen Welt gibt es das Wort Zivilcourage. Genau das braucht es auch im Netz: Digitalcourage, die aktive und mutige Bürgergesellschaft als mächtige Gegenspielerin von Feindseligkeit und Lügen. Wir brauchen also Digitalcourage im Netz. Die liberale Bürgergesellschaft muss gegenhalten.

Schließlich, zum Fünften, auch das sollte noch gesagt sein: Natürlich müssen wir immer wieder den Ursachen nachgehen und sie bekämpfen.

Woher kommen Hass und Unzufriedenheit? Wir müssen uns fragen, warum Enttäuschung und Unzufriedenheit zuweilen auch in Wut und Hass umschlagen. Wir müssen verhindern, dass sich die Gesellschaft noch stärker polarisiert.

Aus meiner Sicht müssen wir die soziale Frage neu stellen und beantworten. Menschen müssen spüren, dass man ihre Sorgen wirklich ernst nimmt.

Wir stehen erst am Anfang eines digitalen Zivilisationsprozesses. Wir können ihn gestalten – davon bin ich überzeugt – durch Aufklärung und Ehrlichkeit, durch Transparenz, Fehlerkultur und durch offene Debatten.

Ich fand den Hinweis der einen Kollegin sehr wichtig, dass wir am besten bei uns beginnen; denn es geht nicht nur um die jungen Menschen im Netz. Wenn wir über Hassmails und Ähnliches sprechen, ist es durchaus generationenübergreifend.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Ich glaube, dass unsere Gesellschaft immer von guten Vorbildern lebt.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die CDU hat Herr Abgeordnete Dr. Gensch das Wort.

**Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Abgeordnete, liebe Gäste! Grundsätzlich sind für mich soziale Medien ein bereicherndes Element. Sie dienen als eine Informations- und Kommunikationsplattform, die einen direkten Austausch auf vielerlei Ebenen ermöglicht. Die Chancen und Möglichkeiten sozialer Netzwerke sind vielfältig. Auch Weltpolitik konnte schon durch sie positiv beeinflusst werden, Beispiel Arabischer Frühling.

Es gibt aber auch Schattenseiten. So werden Diskussionen im Internet, insbesondere zu politischen Themen, häufig beherrscht von radikalen Positionierungen. Mandats- und Funktionsträger aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sind im Internet Beschimpfungen und herabsetzender Kritik ausgesetzt. Diese Negativentwicklung ist landauf, landab in Facebook und anderen Medien zu beobachten.

Nicht alles, was dort gepostet wird, ist offensichtlich strafrechtlich relevant, und doch hat es negative Auswirkungen; denn verbale Herabsetzungen und aggressive Argumentationen dominieren oftmals die Debatten. Oftmals verstecken sich die Protagonisten solch radikaler Äußerungen hinter Phantasienamen und nicht zuzuordnenden Profilbildern. Offensichtlich drängt die Anonymität im Netz zur inhaltlichen und sprachlichen Verrohung bei.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD,  
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinter der Maske sinkt die Hemmschwelle.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde, diese Entwicklung können wir nicht hinnehmen, schon gar nicht, wenn ich mich in einem de facto öffentlichen Raum äußere. Hier ist aus meiner Sicht eine klare Zuordnung von Personen und Äußerungen vonnöten.

(Beifall bei der CDU)

Es sollte doch normal und nicht die Ausnahme sein, mit seinem Namen für seine Meinung einzustehen.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD,  
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich politisch oder gesellschaftlich diskutieren möchte, dass meine Meinung von Tausenden von Usern wahrgenommen wird, dann kann ich für mich auch kein Recht auf Anonymität in Anspruch nehmen. Hier sind nicht nur der Gesetzgeber und die Politik gefordert, hier sind auch Facebook und Co., aber auch jeder Administrator einer Facebook-Gruppe in der Verantwortung, für eine vernünftige Kommunikations- und Gesprächskultur in ihrem Verantwortungsbereich zu sorgen.

Wir sollten uns durchaus in diesem Zusammenhang noch einmal über Dinge wie eine Klarnamenpflicht, durchaus auch verbunden mit einem klar erkennbaren Profilbild, unterhalten. Mir ist bewusst, dass das ein schwieriges Thema

ist. Es gibt in einigen Fällen sehr wohl gute Gründe, nicht unter Klarnamen aufzutreten, auch in sozialen Medien. Dies kann auch eine Authentifizierung bei der Registrierung zu sozialen Medien sein.

Wir sollten in diesem Zusammenhang unterscheiden zwischen Nutzern, die sich im privaten Kreis im sozialen Netzwerk bewegen, und Äußerungen im de facto öffentlichen Raum. Hier eine Grenze zu ziehen. Verbindliche Regelungen festzulegen, ist kompliziert und herausfordernd. Muss der Nutzer, der nur Fotos oder Nachrichten im engen Freundes- und Familienkreis auf Facebook teilt, diesen Regeln folgen? Muss er klar erkennbar sein? Muss er den gleichen Regeln folgen wie ein Nutzer, der auf zahlreichen Seiten und Gruppen diskutiert? Was und wieviel darf ich in privaten Netträumen, was in öffentlichen Foren? Wo liegt hier die Unterscheidung? Das sind Fragen, die wir beantworten müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Frage beschäftigt mich in diesem Zusammenhang vor allem. Was macht es mit Jugendlichen und Kindern, die mit so etwas aufwachsen und ständig mit dem ganzen Schmutz konfrontiert werden, der in den sozialen Medien ausgegossen wird, der fehlenden Affektkontrolle vieler Beteiligten? Was hätte es mit uns gemacht? Stumpft das einen Menschen, der gerade heranwächst, ab, zumal gerade viele Jugendliche selbst persönlich herabgesetzt und diffamiert werden? Fast jeder fünfte hat nach neuesten Umfragen persönliche Erfahrung mit Cybermobbing gemacht. Wie verändert das jemanden?

Meine Damen und Herren, hier geht es – die Frau Ministerpräsidentin hat es schon angesprochen – um digitale Zivilcourage, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich im Netz ein verzerrtes gesellschaftliches Meinungsbild darstellt, da sich die schweigende Mehrheit aus solchen Diskussionen komplett heraushält.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese schweigende Mehrheit muss langsam aufpassen, dass sie nicht so lange schweigt, bis es zu spät ist.

Mauerfall, Finanzkrise, Staatsschuldenkrise – all diese Entwicklungen haben wir nicht kommen sehen. Sie haben uns überrascht. Doch zeichnet diese Ereignisse eine, lassen Sie es mich einmal so nennen, Vorhersehbarkeit im Rückblick aus. Retrospektiv analysieren wir nüchtern, wie es zu diesen Ereignissen kam. Wir wundern uns über die Kurzsichtigkeit und Gedankenlosigkeit aller Beteiligten und sind doch unfähig, diese Kenntnisse auf aktuelle Entwicklungen zu übertragen. Ich bin mir sicher, dass man eines Tages Brexit, Trump-Wahl, Flüchtlingsfrage und die Verrohung der Sitten im Internet als Schlüsselfaktoren ansehen wird, die eine destabilisierende Entwicklung für die Demokratien eingeleitet haben.

(Beifall bei der CDU)

Hier – ich komme zum Ende, Herr Landtagspräsident – muss sich jeder einzelne fragen, ob und in welcher Form er sich einbringen kann und möchte. Ich möchte nicht, dass viele Bürger in diesem Land in zehn bis 20 Jahren auf

die Frage ihrer Kinder, was habt ihr eigentlich gemacht, als unsere Demokratien begonnen haben zu wackeln, die Antwort geben: Ich habe leider nur Pokémon Go gespielt, Politik und Gesellschaft haben mich nicht interessiert. – Dazu dürfen wir es nicht kommen lassen. Jetzt müssen wir dagegen vorgehen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Kazungu-Haß das Wort.

**Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Das Netz – unendliche Weiten. Wenn man über die sozialen Netzwerke in diesen Zeiten spricht, dann werden diese unendlichen Weiten oft als düstere und gefährliche Orte bezeichnet. Manche schränken sich deswegen immer mehr ein, trauen sich kaum noch, etwas anderes als ihr Essen oder ein Katzenbild zu posten.

Unendliche Weiten bleiben aber vor allem dann ein dunkler Ort, wenn man den Gefahren unwidersprochen begegnet und so auch bei einem selbst der Eindruck entsteht, dass man sich am besten nicht aufmacht, sitzen bleibt und anderen das Feld überlässt.

Was aber passiert, wenn man sich genauso laut wie diejenigen äußert, die das Netz mit Hass und Hetze überziehen? Die schweigende Mehrheit wird von Populisten und Extremen schon immer für sich in Anspruch genommen. Angeblich wissen nur sie, was das Volk denkt, und sprechen das aus, was andere sich nicht trauen. Aber was ist, wenn sie falsch liegen und das dann auch noch alle sehen können?

Vor Kurzem habe ich das selbst erlebt. Auf meiner Timeline habe ich ein Bild entdeckt, das mich ins Mark traf. Mein FB-Kontakt schrieb darüber: Warum tut denn keiner etwas? – Kurzenschlossen machte ich einen Screenshot und nutzte das einzige Mittel, das mir in meiner Hilflosigkeit zuerst einfiel. Ich erstattete Anzeige, wissend, dass es mehr als schwierig werden würde, juristisch etwas zu erreichen. Das ist auch gut so; denn ich stehe für Meinungsfreiheit, auch wenn ich aushalten muss, dass mein persönliches Gerechtigkeitsempfinden dabei ungehört bleibt. Es geht um Recht. Das ist eben keine subjektive Größe.

Was ich aber anders machte als viele andere, die so etwas aus Angst, alleine im Verborgenen und oft auch anonym tun, ist, ich postete meine Ankündigung der Anzeige öffentlich. Was folgte war das, was das Netz oft zuerst ausspeit, ein großer Shitstorm. Ich bekam Drohungen und wurde ehrabschneidend beleidigt. Das war sehr anstrengend, aber zu erwarten.

Dann aber wendete sich das Blatt. Es entstand eine Art Gegenmacht. Traditionelle Printmedien schalteten sich ein, bezogen Stellung, teilweise auch sehr persönlich, sie

machten sichtbar, was viele tagtäglich oft ganz für sich alleine ertragen müssen. Das, was sie über Jahrhunderte eingeübt haben, griff plötzlich. Die künstliche Trennung zwischen realer Welt und eines dort eingeübten Wertekonsens und der virtuellen Welt wurde so porös. Die schweigende Mehrheit meldete sich. Sie haben dem Shitstorm einen gewaltigen Candystorm entgegengesetzt. Sie warfen sich mutig in die Diskussion mit denjenigen, die unsere Gemeinschaft virtuell infrage stellen. Sie stärkten mich ganz persönlich, schickten mir E-Mails, Messenger-Nachrichten, stellten mir Kontaktanfragen und verteidigten mich auf allen möglichen Seiten im Netz.

Wir brauchen keine neuen Gesetze. Wir brauchen mehr Mut und Hilfsbereitschaft.

In allen Bereichen unseres Lebens müssen wir uns daran gewöhnen, dass unsere Erlebens- und Erfahrungswelt nicht bloß im Netz schlecht kopiert wird. Unsere Erlebens- und Erfahrungswelt ist mit dem Netz unendlich größer geworden. Unsere Stimme kann vom Sofa aus die ganze Welt erreichen. Es gibt keinen Unterschied des Erlebens mehr zwischen dort und hier. Alles ist eins.

Wir bekommen diese Zeit des „Wilden Westens im Netz“ erst in den Griff, wenn wir anerkennen, dass das kein Neuland mehr ist. Wir wohnen nun eben auf beiden Seiten des Flusses.

Eine bahnbrechende, alles infrage stellende Erfindung wie das Internet wirkt destruktiv. Sie unterbricht alte Denkmuster, fordert durch ihre Natur völlig andere Herangehensweisen heraus.

Das Netz – unendliche Weiten. Wenn wir aber als Konstante dort unseren Wertekurs beibehalten, wie zu Zeiten eines begrenzten Horizontes, dann beginnt nach dem Wilden Westen die neue Welt.

(Glocke des Präsidenten)

Danke schön.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die AfD-Fraktion hat Herr Frisch das Wort.

**Abg. Michael Frisch, AfD:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der CDU-Fraktion dankbar, dass sie die heutige Debatte angestoßen hat; denn in der Tat, Orientierung tut not. In vielen Bereichen nicht nur des individuellen, sondern auch des gesellschaftlichen und politischen Lebens scheint uns der Kompass abhandengekommen zu sein.

Der belgische Althistoriker David Engels hat kürzlich die aktuelle Situation Europas mit der verfallenden Römischen Republik im ersten Jahrhundert vor Christus verglichen: Individualismus, Globalisierung, Migration, Kriminalität, vor allem aber Polarisierung zwischen einer oligarchischen

Elite auf der einen und unzufriedenen Bürgern auf der anderen Seite. Ich bin davon überzeugt, dass es einen Zusammenhang zwischen diesen Entwicklungen und unserem heutigen Thema gibt. Ja, es stimmt, wir erleben in den sozialen Netzwerken eine Verrohung der Sprache und einen Verfall der politischen Kultur, die auch mich mit Sorge erfüllen. Aber Lüge und Hass entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie sind nicht zuletzt die Folge einer wachsenden Entfremdung zwischen den Regierenden und den Regierten.

(Beifall der AfD)

Menschen, die in der Anonymität des Netzes ihrem Ärger und ihrem Frust über die da oben Luft machen, tun dies nicht ohne Grund. Wenn es uns gelingen soll, auch diese Menschen wieder in eine respektvolle demokratische Debatte einzubinden, dann müssen wir uns fragen, wo die Ursachen für ihr Verhalten liegen. Dies jedoch führt uns wieder zurück in die Politik. Waren es nicht hochrangige politische Repräsentanten selbst, die ohne jede Scham mit „Fake News“ gearbeitet haben – der Wald stirbt, die Rente ist sicher, die Energiewende kostet nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat, es gibt keine Verbindung zwischen dem Terrorismus und der Masseneinwanderung, alle Asylbewerber sind kriegstraumatisierte Flüchtlinge und vieles mehr?

Und haben nicht gewählte Volksvertreter ihre eigenen Bürger immer wieder mit „Hate Speech“ konfrontiert, anstatt sich vorgetragenen Argumenten zu stellen?

Pack, Mob, Dunkeldeutschland, Dumpfbacken, Brandstifter, Rassisten, Nazis – auch diese Liste ist lang, und sie hat das politische Klima vergiftet.

(Beifall der AfD)

Nein, meine Damen und Herren, es greift zu kurz, einzelne Bereiche der öffentlichen Debatte oder des Meinungsspektrums für Lüge und Hass verantwortlich zu machen. Hier ist die Politik als Ganzes gefordert. Wem das Echo nicht gefällt, der muss sein Rufen ändern.

(Beifall der AfD)

Lassen Sie uns daher gemeinsam dafür sorgen, dass die Bürger unseres Landes sich wieder ernst genommen fühlen mit ihren Sorgen und Nöten, dass sie nicht Angst vor sozialer Ausgrenzung haben müssen, wenn sie öffentlich eine Meinung äußern, die mit dem Mainstream nicht kompatibel ist.

Eine dem Wohl der Menschen dienende Politik und ein fairer, respektvoller Umgang mit Andersdenkenden ist der beste Schutz vor Hass und Lüge im Netz.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, ein offener und freier Diskurs ist für eine demokratische Gesellschaft elementar. Wo ein solcher Diskurs nicht mehr stattfindet oder wie auch immer eingeschränkt wird, gibt es keine Demokratie. Wenn eine Regierung versucht, soziale Netzwerke über die bestehenden strafrechtlichen Normen hinaus zu reglementieren,

dann ist höchste Wachsamkeit geboten. Zwischen sinnvollen Regeln und einer freiheitsfeindlichen Zensur liegt nur ein schmaler Grat.

Mathias Döpfner, der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger, hat dies kürzlich so formuliert:

„Was Wahrheit ist, definiert keine Regierung, auch nicht Facebook. Ich habe den Eindruck, dass gerade ein paar Grundprinzipien freiheitlicher Gesellschaftsordnung mit Füßen getreten werden. George Orwell war harmlos.“ – So weit Mathias Döpfner.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, Demokratie stirbt nicht durch zu viel, sehr wohl aber durch zu wenig Freiheit. Dumme, falsche und beleidigende Posts im Internet können sie nicht wirklich beschädigen. Wenn wir jedoch anfangen, die freie Rede im Netz zu beschränken, dann gerät Demokratie tatsächlich in Gefahr. Sie mit Zensur und Gesinnungskontrolle verteidigen zu wollen, hieße, sie eben dadurch faktisch abzuschaffen.

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Wer will denn das? –  
Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Noch ein Letztes sei an dieser Stelle gesagt: Auch der, der den politischen Gegner dämonisiert, der in nahezu jedem kritischen Debattenbeitrag sofort Verfassungsfeindlichkeit und totalitäres Bestreben wittert, auch der beschädigt den offenen Diskurs. Ich sage das hier in aller Deutlichkeit: Es gibt in diesem Hause nicht den apokalyptischen Kampf der aufrechten Demokraten gegen die bösen Verfassungsfeinde. Es gibt nur unterschiedliche Überzeugungen davon, was die beste Politik für unser Land ist. Darüber sachlich, fair und respektvoll zu streiten, ist die Pflicht des Parlaments.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU –  
Weitere Zurufe aus dem Hause)

Wer jedoch die Position des anderen in das Reich des Unsagbaren verschiebt, verweigert sich dieser Pflicht und macht einen demokratischen Diskurs unmöglich. Vertrauen wir den mündigen Bürgern und ihrer Urteilsfähigkeit, werben wir für die Wahrheit oder für das, was wir dafür halten, und überlassen wir dann die letzte Entscheidung dem Volk als dem eigentlichen Souverän unseres Staates.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die FDP-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Lerch das Wort.

**Abg. Helga Lerch, FDP:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte

ganz kurz auf meinen Vordredner eingehen. Es gibt die Geschichte eines Schülers, der sich für eine Biologieprüfung vorbereitet hat, sich dabei allerdings nur auf die Gurke konzentriert hat. Egal, was der Prüfer, was der Lehrer ihn fragte, er kam immer wieder auf Umwegen auf die Gurke zurück. Phasenweise erinnern mich Ihre Ausführungen an diese Geschichte, und ich denke, alle im Saal wissen, was ich meine.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was interessieren mich Fakten, wenn ich eine Meinung habe? Dieser Satz bringt in erschreckender Weise auf den Punkt, was heute ein breit diskutiertes Phänomen darstellt. Schlimmer noch als das Leugnen oder Nicht-wahrhaben-Wollen von Tatsachen ist das Erfinden von Falschmeldungen, die bewusste Irreführung und damit verbundene Manipulation all jener, die nur zu dankbar oft einfache Denkmuster übernehmen. Der mühsame Prozess, aus Schwarz und Weiß, Gut und Böse das vermeintlich Richtige zu erkennen, unterbleibt; denn sorgfältige Recherche macht schließlich Arbeit.

Man muss mit offenen Augen durch die Welt gehen, man muss mit Menschen sprechen und das Gesagte einordnen können, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in ihrem Leitartikel am 4. Februar 2017. Wer jedoch Falschmeldungen produziert, geht zwar den einfachen, aber verantwortungslosen Weg. Alles, was man braucht, ist ein Internetanschluss und ein Gewissen, das dem vermeintlich höheren Zweck untergeordnet wird.

Neu ist das Phänomen nicht – das haben viele meiner Vordredner schon gesagt –; denn Lügen gab es schon immer. Um ein geschichtliches Beispiel zu nennen, so wurde der Kriegseintritt Nazi-Deutschlands in den Zweiten Weltkrieg durch einen angeblichen Überfall auf den Sender Gleiwitz gerechtfertigt.

Neu ist jedoch an dieser Debatte, dass diese Form der Agitation in bestimmten Kreisen gesellschaftsfähig geworden ist, und darin liegt das eigentliche Problem. Alternative Fakten gibt es nicht. Es gibt unterschiedliche Sichtweisen auf die Dinge, aber Fakten sind Fakten und bleiben Fakten, und alles andere ist tabu.

Wenn gar die Gefahr besteht, dass durch bewusste Manipulation politische Meinungsbildung betrieben wird, geht das an die Grundpfeiler unserer demokratischen Ordnung. Der Bürger ist aufgerufen, sich aus einer Vielzahl an Informationen ein Bild zu machen, und vertraut in der Regel den traditionellen Quellen. Im Dschungel des Internets fallen die Hemmschwellen, und Rationalität weicht Emotionalität.

Wir alle sind aufgerufen, diesem unsäglichen Trend Werte entgegenzusetzen, Werte in der Erziehung, in der Familie und in der Schule und Werte im Umgang miteinander. Auch Presserecht und Persönlichkeitsrechte sowie die Grundlagen unserer staatlichen Ordnung, die Achtung von Bürger- und Menschenrechten sind unverzichtbare Elemente auf diesem Weg.

Dennoch, meine Damen und Herren, bin ich zurückhaltend

in der Hoffnung, dass dies ein leichter Weg sein wird. Ich erschrecke, wenn ich den aktuellen Bericht des Instituts für Lehrergesundheit lese. Darin heißt es, dass 70 % der befragten Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer sagen, dass – so wörtlich – die psychosoziale Verwahrlosung der Kinder die größte Herausforderung für sie darstellen soll.

Welche Werte werden denn in den Familien noch gelehrt? Die Schule allein ist nicht die Reparaturwerkstatt unserer Gesellschaft.

Frau Klöckner, Sie haben vorhin gesagt, wir brauchen Medienerziehung. Ich glaube, dass heute jede Schule sich dieser Verantwortung bewusst ist und – Sie haben es angedeutet – auch die Curricula darauf eingehen müssen. Ich glaube aber, was noch viel wichtiger ist, ist diese Form der Werteerziehung,

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Beides!)

die in die Köpfe hinein muss, und natürlich haben Medien auch etwas mit Respekt und mit Werten zu tun.

Wir müssen ganz unten beginnen, um Respekt und die Achtung vor der Wahrheit wieder fest als Teil unserer gesellschaftlichen Realität zu etablieren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abgeordneter Köbler.

#### **Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zu Beginn, als kleine Reminiszenz an den Satiriker Jan Böhmermann den Journalisten und Satiriker Henry Louis Mencken zu zitieren, der einmal gesagt hat: „For every complex problem there is an answer that is clear, simple, and wrong.“

Meine Damen und Herren, was will ich damit sagen? Ich glaube, wir müssen uns zum einen der Frage der Relevanz und der Aktualität der heutigen Debatte stellen. Wenn es um Angriffe auf die Menschenwürde geht, wenn es um Hass geht, wenn es um Erniedrigung geht, wenn es um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geht, ist die Relevanz der Debatte mit Sicherheit gegeben.

Die Frage ist aber: Was macht die Aktualität der Debatte aus? Handelt es sich hierbei um ein neues Phänomen?

Ja, ich kann aus eigener Erfahrung mit Hass-Mails, Twitter-Nachrichten und anderen Postings sagen, dass es auch bei mir mit Sicherheit schon so etwas wie „Hate Speech“ gab. Aber ich erinnere mich auch noch daran, als ich im Jahr 2002 angefangen habe, mich damals im Bundestagswahlkampf politisch zu engagieren, dass ich als junger Wahlkämpfer zum ersten Mal am Wahlkampfstand den

Spruch gehört habe: Euch müsste man alle vergasen. – Ich war damals zwar schockiert, aber diesen Spruch hatte ich auch schon einmal gehört, als wir Mitte der 90er-Jahre mit der Fußball-B-Jugend ein Auswärtsspiel in Haßloch hatten. Wir hatten damals Spieler mit zentralafrikanischer Abstammung in unserer Mannschaft, und nach dem Spiel wurde von älteren Zuschauern gesagt: Beim Adolf wärt ihr alle vergast worden.

Was will ich also damit sagen?

Meine These ist, Hass und Menschenfeindlichkeit sind ein Problem, das wir angehen müssen. Aber ich glaube nicht, dass das Internet und die sozialen Medien das Problem sind, sondern dass das Internet und die sozialen Medien dazu führen, dass diese Einstellungen schneller sichtbar werden und damit auch für ein größeres Spektrum nachvollziehbar und transparent werden.

Dies zeigt auch die Meldung des Landeskriminalamtes, die wir heute Morgen zur Kenntnis genommen haben, das im vergangenen Jahr von einem Rückgang der strafverfolgungsrelevanten Hasskommentare im Internet gesprochen hat. Wenn diese Hasskommentare auch noch immer auf einem erschreckend hohen Niveau sind, gibt es dennoch im Moment keinen Anstieg.

Des Weiteren gibt es die sehr bekannte Studie des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld über die Facetten gruppenbezogener Menschlichkeit, die seit 2002 erhoben wird. Diese Studie zeigt, dass negative Meinungen über gesellschaftliche Gruppen – also gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – seit dem Erhebungszeitraum, also seit über 15 Jahren, auf erschreckend hohem Niveau stabil sind. Muslimfeindliche Einstellungen sind bei fast jedem fünften Deutschen zu finden. Der Antisemitismus, vor allem der israelbezogene Antisemitismus, ist bei jedem vierten Deutschen zu finden, und das zeigt auch, dass solche gruppenbezogenen menschenfeindlichen Einstellungen mit einem höheren Maß an Gewaltbereitschaft und Demokratiefeindlichkeit einhergehen.

So sagt die Studie, dass in Deutschland fast 30 % der Befragten Aussagen zustimmen wie „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“ oder auch „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen“ und Handlungsaufforderungen wie „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.“

Meine Damen und Herren, ich bin nicht ganz sicher, ob die Debatte so, wie sie aufgesetzt ist, wirklich an den Kern des Problems und an die Ursache geht. Ja, Demokratie braucht Vertrauen; aber ich glaube eben auch, dass Demokratie ein gesundes kritisches Misstrauen braucht. Ich glaube, dass Demokratie vor allem auch Akzeptanz und Toleranz braucht, und zwar insofern, dass die Minderheit akzeptieren muss, dass im Zweifel die Mehrheit auch für die Minderheit verbindliche Entscheidungen trifft, dass aber auch umgekehrt die Mehrheit akzeptieren muss, dass es Minderheiten gibt, die nicht in allen Punkten konform sind, die nicht gleich aussehen wie ich, nicht an den gleichen Gott glauben, vielleicht auch nicht immer die gleiche Sprache sprechen wie ich. Ich glaube, beides muss zusammenkommen, damit Demokratie gelingen kann.

Ich glaube, dass es an dieser Stelle nicht nur darum geht, Lügen und Hass im Netz zu begegnen – sie sind eben nicht nur im Netz anzutreffen –, und auch das Internet und die sozialen Medien sind an sich nicht das Problem. Vielmehr haben wir dieses Phänomen schon seit Längerem in den Kneipen, auf den Sportplätzen, in unserer Gesellschaft. Ich glaube, dass es gilt, Entwürdigung, Menschenfeindlichkeit und Gewalt konsequent zu verfolgen und zu bestrafen, aber auch für Demokratie, Vielfalt und Toleranz mit Mut zu streiten. Man kann Hass nicht einfach verbieten, sondern man muss ihm entgegengetreten mit guten Argumenten, mit Toleranz und Weltoffenheit, jeden Tag.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Wir dürfen weitere Gäste im Landtag begrüßen. Ich begrüße Bürgerinnen und Bürger aus der Südpfalz aus den Wahlkreisen Landau und Germersheim. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung hat nun Frau Staatsministerin Dr. Hubig das Wort.

#### **Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Tagtäglich vermitteln unsere Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer Kindern und Jugendlichen die Grundlagen und Werte, die ein demokratisches und menschliches Miteinander ausmachen. Das ist wichtig, denn Bildung ist eine wesentliche Antwort auf Hass und Lüge im Netz. Zu dieser Bildung in Rheinland-Pfalz gehören das Wissen und die Kompetenzen, damit unsere Schülerinnen und Schüler den alternativen Fakten die echten entgegensetzen, damit sie trotz Vereinfachung komplexe Zusammenhänge erkennen und damit sie mit modernen Medien richtig, aber auch verantwortungsvoll umgehen.

Zur Bildung in Rheinland-Pfalz gehört aber auch die Vermittlung demokratischer Werte, um starke Persönlichkeiten zu fördern, die die Würde anderer Menschen achten, andere nicht beleidigen, bedrohen oder ausgrenzen. Das Fundament von Bildung ist das Wissen, aber nicht isoliert, sondern in all seinen komplexen Zusammenhängen. Wo Einzelereignisse aus ihren geografischen, politischen und sozialen Zusammenhängen gerissen werden, gibt es kein Verstehen. Dann treten diffuse Gefühle an die Stelle von Tatsachen. Es geht also darum, Kindern und Jugendlichen Zusammenhänge zu vermitteln und gleichzeitig die Fähigkeit zu stärken, solche Linien zwischen Ereignissen und ihren Bedingungen selbst zu ziehen. Diese Art, Bildung zu vermitteln, Wissen und Haltung zu erlernen, ist bereits in unseren Lehrplänen grundgelegt, und zwar nicht nur in denen der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, sondern auch in Fächern wie Mathematik oder anderen Naturwissenschaften.

Natürlich bietet Schule noch mehr. Weit über den Unter-

richt hinaus können Schülerinnen und Schüler mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Sie tun das in Klassenräten, Schülervertretungen, in Jahrgangsstufenversammlungen, Schulparlamenten oder in Projekten zur Anerkennungskultur in Schule und Unterricht. Sie lernen Demokratie, indem sie Demokratie leben. Deshalb haben wir die Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler in den vergangenen Jahren gestärkt und werden das auch weiter tun.

In Rheinland-Pfalz gibt es unzählige Beispiele für gelebte demokratische Werte und ein offenes und optimistisches Miteinander. Mehr als 100 Schulen haben sich den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ erarbeitet. Bald gibt es 39 Europaschulen. Weit mehr als 2000 ausgebildete Medienscouts unterstützen ihre Mitschüler und Mitschülerinnen. Ungezählte Arbeitsgemeinschaften, Schülerzeitungen, Schüleraustausche leben Demokratie. Seit mehr als einem Jahrzehnt findet der Demokratietag als Treffpunkt für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen statt, die sich für Partizipation und Demokratiepädagogik engagieren. Jüngst konnte man in der Staatskanzlei ganz viele junge Menschen erleben, die sich einmischen und etwas bewegen. Das war das Motto des Engagementpreises, den sie erhalten haben.

Kinder und Jugendliche lernen Demokratie und leben sie. Viele setzen Hass und Lüge das Beste entgegen, was man ihnen entgegensetzen kann: Engagement für Mitmenschen. – Aber Schule trägt noch auf eine andere Weise dazu bei, dass unsere Kinder und Jugendlichen mündige und verantwortungsvolle Menschen werden. Sie stärkt ihre Persönlichkeit und wirkt Radikalisierung entgegen. Wir haben von der Kita über die Grundschulen bis in die weiterführenden Schulen eine ganze Reihe von Angeboten und Konzepten, die das kritische Denken stärken, das Selbstwertgefühl, die Fähigkeit zur Selbst- und Fremdwahrnehmung und zum Umgang mit Gruppendruck. Sie heißen „PROPP“, „PiT“, „Mobbingfreie Schule“, „Ich und Du und Wir“, und es gibt noch viele andere.

Lehrerinnen und Lehrer fördern dabei Konfliktlösung, Toleranz und soziale Kompetenzen, stärken das Werte- und Normenbewusstsein, und sie wecken bei den Kindern und Jugendlichen Verantwortung für sich selbst und die Menschen um sie herum.

Die Antwort auf „Fake News“, „Shitstorms“ und „Cybermobbing“ lautet neben diesen Dingen eben auch digitale Bildung. Digitale Bildung vermittelt die Fähigkeit, kritisch zu prüfen, fundiert zu diskutieren und selbst nachzuforschen und nicht alles, was im Internet steht, für bare Münze zu nehmen.

Deshalb haben wir uns mit dem Programm „Medienkompetenz macht Schule“ sehr früh und sehr erfolgreich auf den Weg gemacht, unsere Schülerinnen und Schüler beim Umgang mit Computer und Internet fit und verantwortungsbewusst zu machen, wie übrigens nur wenige Länder. Deshalb qualifizieren wir unsere Lehrkräfte, unterstützen die Anschaffung digitaler Werkzeuge in Schulen, stellen Unterrichtsmaterialien bereit und beziehen die Eltern ein. Das machen wir seit vielen Jahren, und das führen wir nun auch in den Grundschulen ein.

Meine Damen und Herren, Demokratie, Werte und Bildung gehören seit der Aufklärung zusammen. Ich denke, wir können denen danken, die versuchen, das tagtäglich unseren Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, damit es nicht so weit kommt, dass Hass und Lüge im Internet Verbreitung finden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Schnieder das Wort.

#### **Abg. Gordon Schnieder, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer vernetzt ist, der ist verletzbar. Hassmails und „Cybermobbing“ können jeden treffen, aus jeder Schicht und aus jeder Bevölkerungsgruppe. Das Bundeskriminalamt hat festgestellt, dass vier von fünf Hassbotschaften von einem Mann geschrieben werden. Anders sieht es bei Twitter aus. Im dortigen Milieu sind zwei von drei Schreibern männlich. Während fast jeder dritte „Cybermobber“ angibt, aus Spaß zu hetzen, leiden die Betroffenen oft unter Depressionen und starken Ängsten. Die neuen Medien sind zu Plattformen für Beleidigungen gegenüber Politikern, Journalisten, Frauen, Homosexuellen, gesellschaftlichen Randgruppen und Minderheiten geworden. Häufig werden regelrechte Kampagnen ausgelöst, etwa gegen die Flüchtlingspolitik. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die sich für Flüchtlinge einsetzen, werden beschimpft und bedroht. Dabei reicht das Spektrum der Taten von Verunglimpfungen und beleidigenden Mails bis hin zu Schmierereien an Hauswänden und dem Ablegen toter Ratten vor der Haustür. Das soll den Betroffenen zeigen: Wir wissen, wo du wohnst. –

Auch Politiker müssen einiges aushalten. Das gehört zum Beruf. Was allerdings in sozialen Netzwerken mit Schaum vor dem Mund und meist folgenlos an Hass, Hetze, Beleidigungen und bössartigen Gerüchten gestreut wird, hat mit freier Meinungsäußerung nichts mehr zu tun.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das erträgliche Maß wird weit überschritten. Bis auf die kleinste Ebene kommunaler Politik werden ehrenamtlich Tätige Zielscheibe des Hasses. Die Übergriffe auf Kommunalpolitiker nehmen deutlich zu. Von Januar bis Ende September 2016 gab es mehr als 800 Übergriffe auf Amts- und Mandatsträger. In 18 Fällen kam es zu tätlichen Angriffen und Brandstiftungen. Das beweist, dass die verbale Verrohung nicht selten zur Umsetzung der Drohungen in tatsächliche Gewalt führt. Hassbotschaften im Netz, Pöbeleien und Drohungen sind der Nährboden für solche Taten.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Thomas Roth, FDP)

Ich darf die Schriftstellerin Herta Müller zitieren, die dazu sagte: „Wenn Worte wie Volksverräter und Lügenpresse lange genug spazieren gehen, geht auch mal ein Messer spazieren.“

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe die Erfahrung gemacht, dass das persönliche Gespräch und der Austausch unterschiedlicher Positionen in der Öffentlichkeit mehr und mehr in den Hintergrund getreten sind und sich vermehrt in den sozialen Medien abspielt. So kenne ich selbst die Namen derer, die bei mir beleidigend und hetzend im Netz unterwegs sind, und ich weiß daher, dass viele dieser Leute vor 2015 den demokratischen Parteien nahestanden. Jetzt bekunden sie öffentlich, Sympathisant – vielleicht auch Mitglied – einer neuen rechtspopulistischen Kraft zu sein oder sogar im rechtsnationalen Lager zu stehen. Vor diesem Hintergrund ist es bezeichnend, wie unterschiedlich die Parteien mit diesen Themen umgehen. So befragte die „Rheinische Post“ im Dezember 2016 alle Parteien zum Thema Hassmails. Die AfD hat hierauf leider nicht geantwortet.

Wird gehetzt, so tragen diejenigen die Hauptschuld, die sich derart einlassen, aber, meine Damen und Herren, mitschuldig machen sich auch alle Gruppierungen und Parteien, die nicht offen und aktiv gegen eigene Sympathisanten und Mitglieder vorgehen und alles tun, um deren Hetze zu beenden, und sich für einen respektvollen Umgang miteinander und die Würde des Menschen einsetzen.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auf eine weitere bedenkliche Entwicklung möchte ich zum Abschluss meiner Rede kommen. Der Hass gegen Frauen hat im Netz rapide zugenommen. Wir sehen frauenverächtliche Entgleisungen bis hin zu Vergewaltigungsandrohungen vor allem auf Facebook. Zur Zielscheibe werden besonders häufig Frauen, die in der Öffentlichkeit stehen: weibliche Führungskräfte, Politikerinnen, Journalistinnen, Wissenschaftlerinnen und Feministinnen. –

Wir müssen die Internetgewalt gegen Frauen, Homosexuelle und Minderheiten ernst nehmen. Es gibt kein Thema, bei dem sich Netztrolle, „Social Bots“, Rechtspopulisten, Trump-Fans, Putin-Versteher, Erdogan-Anhänger und auch Islamisten derzeit so einig sind wie in dem Eifer, Frauen aus dem aktiven Gesellschaftsleben in die Hausfrauen- und Mutterrolle zurückzuzwingen.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind sich einig, Homosexuelle ins gesellschaftliche Abseits zu drängen. Sie sind sich einig, Minderheiten und Behinderte zu diskreditieren und zu Freiwild zu machen. Sie sind sich einig, unliebsame Kommunalpolitiker zur Aufgabe ihrer Ämter zu zwingen.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

Die Verrohung im Internet demonstriert uns, dass wir mit all unserer Kraft für Offenheit und Toleranz, Freiheit und Gleichberechtigung eintreten und dafür kämpfen müssen; denn Hass, meine Damen und Herren, ist keine Meinung.

Vielen Dank.

(Starker Beifall der CDU und Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Wir dürfen weitere Gäste begrüßen, und zwar eine weitere Klasse der Realschule plus in Lahnstein, die Klasse 8e. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Wir dürfen auch die Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche, Herrn Skala und Herrn Dr. Posern, begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Schäffner das Wort.

#### **Abg. Daniel Schäffner, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Demokratie lebt von Vertrauen. Das eine geht nicht ohne das andere. Gesellschaft ist nicht statisch. Sie entwickelt sich stetig. Wir leben heute in einer Zeit der Simultanität. Die Latenzzeiten politischer Debatten werden immer kürzer. Der politische Prozess, aber auch die Berichterstattung der Medien darüber und die Reaktionen der interessierten Öffentlichkeit können quasi in Echtzeit am Smartphone verfolgt werden. Die Begriffe „Fake News“, „Hate Speech“, „Social Bots“ sind derzeit in aller Munde. Die heutige Debatte fügt sich ein in eine generelle Unsicherheit darüber, wie das Internet und die Digitalisierung unser Zusammenleben verändern. Falschmeldungen und Hassbotschaften sind keine neuen Phänomene. Als Gerüchte, Falschmeldungen und Verleumdungen kursieren sie seit jeher auf den Marktplätzen und an den Stammtischen. Neu ist lediglich der Verbreitungsweg. Durch das Internet entwickeln sie sich rasend schnell, verstärken sich teilweise gegenseitig und entfalten gerade im Netz eine Wirkung, die potenziell verheerend sein kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Maßstäbe für anständigen und fairen Umgang im alltäglichen Miteinander dürfen nicht bestimmt werden durch das Medium, durch das wir kommunizieren. Auf den digitalen Marktplätzen und am virtuellen Stammtisch müssen die gleichen Verhaltensregeln gelten, die auch in der analogen Welt Gültigkeit haben. Das Netz und die verschiedenen Plattformen sind keine rechtsfreien Räume. Bestehende Gesetze müssen konsequent angewendet werden. Plattformbetreiber müssen hierfür stärker in die Pflicht genommen werden. Die Spielregeln unserer Verfassung und des Strafgesetzbuches müssen auch bei Facebook gelten. Dazu bedarf es endlich einer Legaldefinition eines sozialen Netzwerkes im



Telemediengesetz. Nicht hinnehmbar ist zudem das Fehlen von verantwortlichen Ansprechpartnern der Netzwerke hier in Deutschland.

Vieles von dem, was wir im Internet als den guten Geschmack und den Anstand überschreitend vorfinden, ist jedoch nicht strafbar und gedeckt von der Meinungsfreiheit. Wir müssen Nutzerinnen und Nutzern deshalb dazu ermutigen, entschieden Gegenrede zu leisten. Ebenso müssen wir Nutzerinnen und Nutzer besser in die Lage versetzen, „Fake News“ auch als solche zu erkennen. Eine Markierung fragwürdiger Inhalte, wie sie jetzt durch die Kooperation von correctiv.org und Facebook erprobt wird, kann dabei zusätzlich unterstützen. Verantwortungsvolle, private Medien und der öffentlich-rechtliche Rundfunk müssen zum Bollwerk journalistischer Glaubwürdigkeit werden. Ihre Stärke in der unabhängigen Berichterstattung und Recherche werden unbedingt gebraucht.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Nur wer eine Vorstellung davon hat, wie Informationen im Netz entstehen, wie sie verbreitet werden und welche Selektionsmechanismen die digitale Kommunikation bestimmen, kann sich selbstbestimmt eine unabhängige Meinung bilden. So kommt es etwa auch bei den primär negativ bewerteten „Social Bots“ darauf an, wie, durch wen und wozu sie genutzt werden.

Wenn mithilfe solcher Social Bots gezielt demokratische Diskurse vergiftet und öffentliche Willensbildung manipuliert werden, werden sie zum Problem.

Es gibt aber auch genügend positive Beispiele für den Einsatz von Bots. Wie das aussehen kann, hat zum Beispiel der öffentlich-rechtliche Jugendkanal funk gerade mit seinem Nachrichtenbot Novi vorgemacht.

Aufgabe der Politik muss es sein, den Einsatz von neuen technischen Möglichkeiten klug zu gestalten. Eine Selbstverpflichtung der Parteien im Bundestagswahlkampf, auf Bots zu verzichten, ist daher richtig und schafft Vertrauen in die Politik. Eine Kennzeichnungspflicht für automatisch generierte Nachrichten halte ich dennoch für einen klugen Vorschlag. Der mündige Nutzer kann dann selbst bewerten und einordnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur wer eine Vorstellung davon hat, wie das Netz funktioniert, kann auch mit der Fülle an Informationen umgehen. Unterschiedliche Meinungen sind das Salz in der Suppe. Ohne sie kann Demokratie nicht funktionieren. Es geht aber auch im digitalen Zeitalter darum, mit Anstand und Respekt miteinander umzugehen, genau wie wir das früher analog gemacht haben.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Schmidt das Wort.

**Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die im Grundgesetz in Artikel 5 beschworene Meinungsfreiheit muss eine Meinungsäußerungsfreiheit sein. Wird diese Äußerungsfreiheit beschnitten, ganz gleich, ob im Netz, in den gedruckten Medien oder anderswo im öffentlichen Raum, so tendiert die Meinungsfreiheit zur bloßen Gedankenfreiheit, und unsere Demokratie würde nachhaltigen Schaden nehmen.

Dann wären wir gewissermaßen wieder mittendrin in jenen Zeiten von absoluter Herrschaft und politischer Restauration, in denen das 1780 erstmals dokumentierte und dann vor der 1848er Revolution zur Blüte gelangte Lied „Die Gedanken sind frei“ entstanden ist. In einer Strophe heißt es dort: „Die Gedanken sind frei. Ich denke, was ich will und was mich beglückt, doch alles in der Stille“ und wie es sich schicket.“

Doch wer definiert, was sich schicket und was nicht? Selbst die in der anonymen digitalen Welt der sozialen Netzwerke besonders stark vertretene hässliche Sprache kann es keinesfalls rechtfertigen, der Zensur Tür und Tor zu öffnen.

Im Zweifelsfall müssen moralische gute Gefühle und die Absicht, die Öffentlichkeit vor Hasssprache zu schützen, zurückstehen hinter dem elementaren Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit, jedenfalls so lange, bis ebenfalls in Artikel 5 des Grundgesetzes gezogene rote Linie der allgemeinen Gesetze, der Bestimmungen des Jugendschutzes sowie des Rechts der persönlichen Ehre eindeutig – und das betone ich, eindeutig – überschritten ist.

Letztlich straft ein demokratischer Staat im Unterschied zu totalitären Systemen immer nur die die geltenden Gesetze verletzende Tat oder die konkrete Absicht dazu, niemals jedoch die Gesinnung. Die Verteidigung dieses Maßstabs gegen die nicht selten von parteiischen Hintergedanken getriebenen Moraliserer und Hypermoralisierer ist eine Schicksalsfrage. Brechen die gesetzlichen Barrieren zum Schutz von Meinungsäußerungsfreiheit und Informationsfreiheit vor dem in der Demokratie ausdrücklich verbotenen Mittel der vorbeugenden Informationskontrolle durch Zensur, so wären wir auf dem Weg in den totalitären Staat.

(Beifall bei der AfD)

Eine kritische Meinungsbildung wäre nicht mehr möglich. Wir wären unfrei.

Wir müssen gesetzlich erlaubte Äußerungen im Netz aushalten, auch wenn wir sie in Form und Inhalt als abstoßend empfinden. Neben der Forderung nach größerer Gelassenheit sollten wir uns aber auch der Erkenntnis öffnen, dass die gerade im Internet erkennbare Gegenöffentlichkeit einen symptomatischen Charakter hat. Sie deutet mit ihrer leider allzu oft überschießenden Tonlage auf eine starke Missstimmung in der Bevölkerung gegenüber dem Wirken der Altparteien hin. Sie ist ein Symptom von Ab-

lehnung, ja, manchmal von Hass, bedauerlicherweise, zugleich aber auch ein Indiz für weit verbreitete Gefühle der Hilflosigkeit und der Ohnmacht.

(Beifall bei der AfD)

All diese Äußerungen von Unmut und heftiger Ablehnung sollte die Politik jedenfalls sehr ernst nehmen, will sie nicht am Volk oder jedenfalls an Teilen des Volkes vorbei regieren. Wenden wir uns deshalb ganz entschieden gegen ausufernde politische Korrektheit und moralische Selbsterhöhungen zulasten der Meinungsäußerungsfreiheit.

(Beifall der AfD)

Die freie Rede in Wort und Text, die Freedom of Speech, wie sie gerade die alten Demokratien der angelsächsischen Länder immer wieder betont haben und noch immer betonen, ist ein zentrales Gut der Demokratie, auch und gerade in Zeiten einer hoch emotionalisierten Öffentlichkeit und zahlloser postfaktischer Verlautbarungen. Diese kommen bezeichnenderweise übrigens sehr oft gerade aus jenen ideologischen Ecken, aus denen der hoch erhobene moralische Zeigefinger woanders hindeutet.

(Beifall der AfD)

Mit fällt es sehr schwer – und damit möchte ich schließen –, die ständigen, durch keinerlei Programmkenntnis bzw. seriöse Quellenarbeit gedeckte Polemik gegen meine Partei zu ertragen. Gleiches gilt für die gehäuften Geschmacklosigkeiten oder so manche tendenziell totalitäre öffentliche Verlautbarung aus dem gesellschaft-medialen Establishment, etwa jene Äußerung des Wissenschaftsjournalisten Ranga Yogeshwar gegenüber der „WELT ONLINE“ vom 26. Januar dieses Jahres. Ich zitiere: „Europa muss bei den Massenmedien eine gewisse Souveränität behalten. Es gibt Staaten, die da schon weiter sind. Auch wenn das manchen verblüffen dürfte, will ich hier ausdrücklich China nennen. (...) China behält eine gewisse Kontrolle darüber, welche Nachrichten ihr Land penetrieren. Das brauchen auch wir, um sicherzustellen, dass nicht das Betriebssystem unseres Landes gestört wird.“

(Unruhe bei der CDU)

Und Medien sind ein zentraler Teil des Betriebssystems von Staaten. Wenn wir von immer mehr Fake-News überschwemmt werden und keinerlei Möglichkeit haben, Dinge zu sanktionieren (...), wird das für unsere Demokratie gefährlich.“ Aber ich ertrage solch ein eigenartiges Demokratieverständnis natürlich

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

und hake es ab als Gegenstück mancher etablierter Zeitgenossen zu dem in der Netzöffentlichkeit

(Glocke des Präsidenten)

– ich komme zum Schluss – leider allzu oft und allzu pauschal vorgetragenen Lügenpresseverdacht.

Um der Freiheit willen und Erkenntnis der bitteren Notwendigkeit einer vielfältigen Diskussionslandschaft sollten

wir alle manches ertragen und hinnehmen und mehr Gelassenheit auch gegenüber dem politischen Gegner und anderen Meinungen walten lassen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Kohnle-Gros.

#### **Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU:**

Vielen Dank. – Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass die vielfach gemachten Bemerkungen, dass wir dieses Thema zu Recht in diesem Hohen Hause aufgerufen haben und miteinander diskutieren, nur eine Seite der Medaille ist. Ich glaube, dass wir sehr viel stärker noch darauf achten müssen, dass diese Diskussion um Hass, Verleumdung, Unwahrheiten und „Fake News“ in den sozialen Medien auch in die Öffentlichkeit gehört, in die gesamte Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen auch, ich bin sehr froh, dass, wenn man sich einmal anschaut, was geschrieben wird, was in Radio, Fernsehen oder sonst wo über diese Debatte berichtet wird, sich die Wissenschaft, und zwar die juristische wie die Medienwissenschaften, aber auch Journalisten und Verleger – das wurde schon zitiert –, sich viele Menschen an dieser Diskussion beteiligen. Es ist absolut notwendig, dass sich auch die Öffentlichkeit über die Medien bei dieser Diskussion einbringt.

(Beifall bei der CDU)

Warum sage ich das? Weil wir natürlich darauf angewiesen sind, dass Dinge, die jetzt in die Öffentlichkeit kommen – sei es über die Neuen Medien, sei es über andere Verlautbarungen, auch in den Parlamenten –, von Journalistinnen und Journalisten, aber auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, genau betrachtet und analysiert und dann – darum geht es mir jetzt – umgesetzt werden in Schritte, die wir brauchen, um Dinge zu verändern.

Warum sage ich das? Wenn Sie genau zugehört haben, haben Sie gehört, dass ganz viele, auch juristische, Fragen ein bisschen vermischt worden sind, Meinungsfreiheit, Straftatbestände, aber auch die Frage, wie wir im Zivilrecht miteinander umgehen, welche Rechte es gibt, wie die Plattformbetreiber, aber auch die Individuen als Täter und Opfer zu betrachten sind. Das geht ein bisschen durcheinander.

Ich will deswegen ausdrücklich sagen, wir haben eine Rechtsordnung. Wir haben einen Artikel 5 im Grundgesetz, der die Meinungsfreiheit darstellt. Wir haben aber natürlich diese Meinungsfreiheit nicht unbeschränkt, sondern wir haben sie durch das Bundesverfassungsgericht, durch einfachgesetzliche Regelungen, ein Stück weit beschränkt. Warum? Weil natürlich die Meinungsfreiheit auch

den allgemeinen Persönlichkeitsrechten jedes einzelnen Bürgers gegenübersteht.

Deswegen gibt es Straftatbestände und Ordnungstatbestände. Im Strafrecht schützt der Staat die Menschen vor Verleumdung, Hass und Beleidigung, aber im Zivilrecht gibt es Unterlassungsansprüche, sogar bis hin zur Frage, ob ich Schadensersatz und eine entsprechende Löschung dieser Dinge verlangen kann. Das ist wichtig, damit wir sagen, wir haben eine Rechtsordnung. Wir sind in diesem Bereich aufgestellt.

Trotzdem gibt es in der öffentlichen Debatte Hinweise – das haben die Bundestagsfraktionen, auch unsere, CDU/CSU, sich schon zum Thema gemacht –, dass man sich genau überlegen muss, wie diese Rechte der Bürger, die noch aus der analogen Gesellschaft stammen, in die digitale Welt übersetzt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Dafür brauchen wir eine Diskussion und eine wissenschaftliche Begleitung, sodass wir feststellen können, was die Instrumente sind, die wir noch einmal schärfen müssen, und was die Instrumente sind, die wir eventuell neu schaffen müssen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Viele sind in diesem Zusammenhang schon genannt worden. Ich will aber ausdrücklich für mich, und ich denke, auch für meine Fraktion, sagen, dass diese Diskussion noch absolut nicht am Ende ist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Natürlich fällt in einer solchen Diskussion – das hatten wir schon in anderen Zusammenhängen bei Medienfragen – immer sehr schnell der Begriff der Zensur. Bitte aber an dieser Stelle etwas vorsichtig sein; denn Zensur will hier wirklich niemand in Deutschland, glaube ich.

Wir müssen aber darauf achten, dass wir tatsächlich Instrumente schaffen und der Bürger, der sich als Betroffener wehren will, die entsprechenden Ansprüche durchsetzen kann. Es wurde schon genannt, wir müssen eventuell die Frage der Anonymität des Täters versuchen zu klären, damit man gegen ihn vorgehen kann. Das gilt natürlich auch für den Staat. Das wurde schon gesagt. Ich denke, dass dort nachgesteuert werden muss.

Wir haben schon bewährte Instrumente im Medienbereich. Das will ich auch sagen. Ich nenne nur einmal die regulierte Selbstregulierung im Jugendmedienschutz. Dort haben wir Instrumente entwickelt, wie der Staat das immer noch überwacht, aber im Grunde genommen die Plattformanbieter sich selbst Regeln aufstellen, wie sie den größtmöglichen Schutz für Jugendliche gewährleisten können. Die Schiedsgerichte stehen in der Diskussion, die dann öffentlich arbeiten sollen. Es gibt andere runde Tische. Andere Dinge sollen in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen.

Ich finde das richtig und wichtig und wünsche mir, dass noch sehr viel intensiver über all diese Instrumente diskutiert wird, in den Parlamenten und – ich sage es noch

einmal – in der Öffentlichkeit. Ich rufe noch einmal alle dazu auf, sich heftig daran zu beteiligen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und bei SPD und FDP)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die Landesregierung hat Staatsminister Mertin das Wort.

#### **Herbert Mertin, Minister der Justiz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir sprechen gern von digitaler Welt und analoger Welt. Ich gebe zu, ich tue das auch, aber ich versuche, es mir abzugewöhnen. Es gibt nämlich nur eine Welt, in der wir leben. Sie hat keine rechtsfreien Räume. In allen Welten, die wir betiteln, gibt es Gesetze, die zu beachten sind. Das sollten wir auch so kommunizieren und nicht durch das Verwenden von zwei Welten den Eindruck erwecken, es gebe Regeln, die nur in der einen gelten und in der anderen nicht.

(Beifall der Abg. Thomas Roth, FDP, und Dr. Adolf Weiland, CDU)

Sollte mir also dieser Fehler künftig passieren, dürfen Sie mich gerne korrigieren. Es gibt nur eine Welt, in der wir leben. Dort gelten unsere Gesetze.

Frau Klöckner, ich gebe Ihnen recht: Selbstverständlich kann man darüber nachdenken, ob wir nicht im Hinblick auf die Neuen Medien, die es gibt, um Informationen zu verbreiten, Anpassungen vornehmen müssen. Hass und Falschmeldungen sind aber kein Kennzeichen dieser neuen Informationsmedien, sondern leider Teil unserer Gesellschaft, und zwar seit immer. Sie können die Bibel zitieren. Bei Kain und Abel war auch etwas, das in diese Richtung zeigt. Insofern ist das etwas, was Menschen leider machen.

Was wir vor einigen Tagen bei einem Fußballspiel erlebt haben, ist, wenn Sie so wollen, Teil der analogen Welt gewesen. Was aber dort an Gewaltausbruch war, ist mindestens so widerwärtig wie das, was wir in den neuen Medien zum Teil erleben. Das muss ebenfalls bekämpft werden.

Es gibt aber Dinge – das räume ich gerne ein –, über die man gegebenenfalls gesetzgeberisch nachdenken muss. Wir haben zum Beispiel Straftatbestände hinsichtlich der Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen oder der Verbreitung verfassungsfeindlicher Propaganda.

Da gibt es jetzt eine Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, die besagt, dass, wenn jemand ins Ausland fährt, dort etwas auf seiner Homepage hochlädt, er sich hier nicht strafbar macht. Deshalb hat der Bundesrat bereits zu Beginn des vergangenen Jahres einen Gesetzentwurf verabschiedet, der auch dem Bundestag zugeleitet worden ist, mit dem diese Lücke geschlossen werden soll. Ich stelle bedauernd fest, dass dieser Gesetzentwurf im Bundestag noch nicht beraten worden ist. Ich hielt es aber

für dringlich, diese Lücke zu schließen. Es kann nicht sein, dass jemand, nur weil er ins Ausland fährt und solche perfiden Dinge ins Netz stellt, bei uns straflos bleiben kann. Das wäre etwas, wo wir schon gemeinsam etwas machen könnten und dies diskutieren können.

Wir haben ein weiteres Problem. Unsere Demokratie lebt nicht nur von Bundestag und Landtag, sondern unsere Demokratie beginnt in der Kommune, dort wo wir alle zu Hause sind und leben. Ich glaube, es war Herr Abgeordneter Schnieder, der eben erwähnt hat, was es bei Kommunalpolitikern schon an Übergriffen gibt.

Wir haben alle mitbekommen, dass es Kommunalpolitiker auch in anderen Bundesländern gegeben hat, die ihre Ämter aufgegeben haben oder sie nicht weiter ausführen wollen. Ich glaube mich zu erinnern, es war ein Ortsbürgermeister in Sachsen-Anhalt. Ich glaube, ein Landrat in Hessen will das jetzt nicht mehr machen und Ähnliches mehr.

Sie kennen mich. Ich bin nicht so schnell dabei zu sagen, ich bin bereit über die Änderung einer Vorschrift nachzudenken, aber in dem Fall schon. Es gibt den §188 Strafgesetzbuch, der sich mit Beleidigung und Verleumdung von Menschen beschäftigt, die in der Politik tätig sind. Die Auslegung, die Sie in Kommentaren und Rechtsprechung dazu finden, endet häufig damit, dass die sagen, von dem Schutzbereich dieses Paragraphen sind Kommunalpolitiker nicht erfasst. Vor dem Hintergrund des eben von mir Geschilderten halte ich das für einen Fehler und bin gerne bereit, mit Ihnen darüber nachzudenken, ob wir diese Vorschrift konkretisieren;

(Vereinzelt Beifall bei FDP, SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn wenn die Menschen an der Basis in unseren Kommunalparlamenten nicht mehr bereit sind, diese ehrenamtliche Aufgabe zu übernehmen, dann können wir unsere Demokratie über den Haufen werfen. Sie lebt nur vom Mitmachen.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Es ist ein schmaler Grat, auf dem wir uns bewegen, weil selbstverständlich Justiz und Staatsanwaltschaft nicht zu einer Zensurbehörde werden sollen. Selbstverständlich gilt bei uns die Meinungsäußerung, und zwar die freie Meinungsäußerung. Wer sie aber für sich reklamiert, sollte auch bereit sein, anderen darüber berichten zu können und sie nicht ausschließen.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der  
CDU)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Schmitt das Wort.

**Abg. Astrid Schmitt, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Leben ohne Internet ist für viele heute undenkbar. Die guten und die schlechten Seiten trennen dabei oft nur ein Klick.

Die digitale Welt ist inzwischen fester Bestandteil der Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern geworden. Der Umgang mit digitalen Endgeräten wird zur Schlüsselkompetenz, wird neben Lesen, Rechnen und Schreiben so etwas wie eine Art vierte Kulturtechnik.

Digitale Medien sind als Werkzeuge, als Ausdrucksmittel und als Wissensquelle inzwischen selbstverständlich geworden.

Das Lernen mit und über Medien, der zielgerichtete und bewusste Medienumgang und die Reflexion darüber müssen zu einem festen Bestandteil des schulischen Alltags werden.

In Rheinland-Pfalz wurde vor ungefähr zehn Jahren das erfolgreiche Programm „Medienkompetenz macht Schule“ gestartet. Wir sind damit gut unterwegs. Das zeigen aktuelle Studien.

Wer sich einmal die Mühe macht, auf den Bildungsserver des Ministeriums zu schauen, der merkt, dass wir eine Fülle von hervorragenden praktischen Angeboten haben, Tipps für die Praxis, Links zu unseren Partnern, mit denen wir seit Jahren unterwegs sind, egal ob es klicksafe.de, LMK (Landeszentrale für Medien und Kommunikation), medien+bildung.com oder die Verbraucherzentrale oder auch der SWR mit ihren Angeboten sind. Ganz aktuell ist das zu nennen, was jugendschutz.net macht. Sie haben diesen Flyer „Achtung Hinterhalt!“ im Programm. Den kann man direkt für den Unterricht nehmen. Er greift ein Thema auf, in dem Schülerinnen und Schüler manipulative Mechanismen analysieren und sich im Detail mit rechtspopulistischen Mechanismen auseinandersetzen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist wichtig, dass es diese Angebote gibt. Es ist aus meiner Sicht wichtig, dass Schulen und pädagogische Einrichtungen sie in Zukunft noch stärker nutzen.

Ich glaube, dass uns die aktuelle öffentliche Aufmerksamkeit des Themas und die aktuelle öffentliche Debatte dabei helfen, dass wir ein größeres Bewusstsein dafür bekommen, wie wichtig die Vermittlung von Medienkompetenz ist. Es geht aus meiner Sicht längst nicht mehr darum, dass es ein Sahnehäubchen für Schulen mit besonderem Profil oder besonderem Angebot ist, sondern es muss etwas werden, was in den Lehrplänen fest verankert und ein wesentlicher verbindlicher Lerninhalt ist. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, Falschmeldungen besser zu erkennen. Sie müssen lernen, Quellen zu hinterfragen und zu erkennen, warum es zum Beispiel besser oder etwas anders ist, wenn eine Meldung aus der Zeitung kommt oder auf einem privaten Blog steht. Es kommt darauf an, ihre Kritikfähigkeit im Umgang mit sozialen Medien zu fördern.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, dass es ganz

entscheidend darauf ankommt, welche medienpädagogischen Konzepte Schulen vor Ort ganz konkret entwickeln und wie sie sie im täglichen Leben in der schulischen Praxis umsetzen.

Die enge Verbindung und Verzahnung mit projektübergreifenden Lern- und Lebensbereichen – die Demokratieerziehung hat Frau Ministerin Hubig genannt – ist für mich essenziell. Ich halte das, was aus den beiden Kirchen zur digitalen Bildung gekommen ist, für wichtig, nämlich den Aspekt, dass nicht nur das Strafrecht on- und offline gilt, sondern dass auch unsere ethisch-moralischen Grundsätze und Werte auch im Netz nicht außer Kraft gesetzt sind, sondern dass wir sie dort auch leben müssen, dass sie dort genauso selbstverständlich sein müssen wie in der realen Welt.

Wenn das Smartphone heute ganz oben auf der Wunschliste für die heilige Kommunion steht, dann muss es darum gehen, Elternarbeit zu machen, und zwar so früh wie möglich. Eltern muss man einbeziehen, sie auf dem Weg mitnehmen, sich mit einem gesellschaftlichen Umbruch zu befassen. Das ist eine Chance, gemeinsam mit ihren Kindern diesen Weg zu gehen.

Ich glaube auch, dass es wichtig ist, Medienkompetenz zur lebenslangen digitalen Hausaufgabe für alle Menschen zu machen, auch für uns Erwachsene. Die Volksschulen haben das angesprochen. Ich glaube, da gibt es viele gute Ansätze. Konrad Wolf hat letztes Jahr einen Preis an eine Kooperation von Erwachsenenbildung, Landessportbund und medien+bildung.com verliehen. Wir haben da viele Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren, abschließend glaube ich, wir haben eine gesamtstaatliche Aufgabe vor uns. Das können wir nur geschlossen und zusammen angehen, und zwar in großer Einigkeit am gleichen Strang zu ziehen. Wir müssen die Urteilskraft und die Kritikfähigkeit aller Menschen, aber vor allen Dingen der jungen Menschen im Umgang mit sozialen Netzwerken fördern

(Glocke des Präsidenten)

und damit gleichzeitig auch unsere demokratische und freie Gesellschaft stärken.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Demuth das Wort.

#### **Abg. Ellen Demuth, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer schreiben will, der muss das Alphabet lernen. Genauso wichtig ist es heute, die Grundregeln des Internets zu kennen; denn die digitale Kommunikation ist längst ein zentraler Teil unseres Lebens geworden.

Die sozialen Netzwerke und das offene mobile Internet verändern unsere Gesellschaft tiefgreifend. Handy und Laptop – Frau Kollegin sprach es an – gehören zur alltäglichen Lebenswelten unserer Kinder und Jugendlichen. 96 % der unter 14-Jährigen sind bereits online. Der Erstkontakt beginnt oft schon im Grundschulalter. Das sind Tatsachen, mit deren gesellschaftlichen Folgen und Entwicklungen wir uns viel intensiver auseinandersetzen müssen als bisher geschehen. Interneterziehung ist zu einer zentralen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe geworden.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD,  
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist umso mehr so, weil die klassischen Medien bei jungen Leuten ihre Rolle als Nachrichtenquellen zunehmend verlieren. Besonders junge Menschen nutzen die sozialen Medien primär als Informationsquelle, manche sogar ausschließlich. Wir müssen deshalb den verantwortungsvollen Umgang mit den sozialen Medien stärken.

Eine absolute Sicherheit vor dem Missbrauch des Internets zur Äußerung von strafbaren Kommentaren oder Beeinflussungen von Meinungen mit „Social Bots“ oder „Fake News“ wird es trotz gesetzlicher Regelungen leider wohl nicht geben. Der Versuch, sie zu schaffen, mutet eher wie der Wettlauf zwischen Hase und Igel an. Die Regulierer hinken fast immer hinterher und finden kaum zeitgemäße rechtliche Rahmenbedingungen, die die aktuellen Gegebenheiten angemessen regulieren. Bis Gesetze in Kraft sind, haben sie oft neue Tatsachen überholt.

Meine Damen und Herren, weil dies oft so ist, ist es besonders wichtig, unsere Gesellschaft, Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene, frühzeitig im Umgang mit diesem Phänomen zu schulen.

(Beifall der CDU)

Es muss uns gelingen, ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür zu schaffen, dass auch in den sozialen Medien Respekt, würdevoller Umgang miteinander sowie Respekt vor den Rechten der Persönlichkeiten anderer unverzichtbar sind. Für den einzelnen Nutzer ist es nicht immer leicht, fundierte Informationen von Ressentiments, echte Diskussionsteilnehmer von „Social Bots“ sowie echte Nachrichten von bewussten „Fake News“ zu unterscheiden. Deshalb ist Medienkompetenz enorm wichtig, nicht nur für uns, sondern besonders für unsere Kinder.

Ziel muss es sein, zum einen die technischen Grundlagen und die Algorithmen zu verstehen, zum anderen bedarf es der Fähigkeit, Informationen und Nachrichten einordnen zu können sowie vertrauenswürdige von zweifelhaften Quellen zu unterscheiden. Entsprechende Programme wie die der Verbraucherschutzzentralen, der Landesmedienanstalten und des Landesdatenschutzbeauftragten sind zu stärken, Programme für die Erwachsenenbildung weiter auszubauen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass unsere Kinder lernen, welche Chancen und welche Risiken im Netz lauern. Wir müssen Mechanismen und Echokammern of-

fenlegen und zeigen, mit welchen Mitteln populistische Wahrheitsverdrehen arbeiten, wie man Fakten auf Stimmigkeit prüft und Wahrheit und Lüge unterscheiden kann. „Hate Speech“ wird oft unter dem Deckmantel von Ironie und Meinungsfreiheit veröffentlicht. Es gilt, unseren Kindern den Unterschied zu vermitteln.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unsere Kinder müssen verstehen, dass Worte genauso verletzen können wie körperliche Gewalt – im Internet wie im realen Leben. Der Ort, an dem dies geschehen muss, ist die Schule. Ja, wir tun schon einiges, aber wir brauchen noch mehr Maßnahmen. Da stimme ich Frau Kollegin Schmitt zu. Wir brauchen noch mehr Medienpädagogen, die sich selbst im Netz und in den sozialen Medien gut auskennen. Wir brauchen auch Platz in den Lehrplänen, sehr richtig.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der  
FDP)

Dazu gehört auch, dass wir überlegen, ob wir den Fächern wie Geschichte, Sozialkunde und Politik wieder mehr Platz auf dem Stundenplan geben und ob wir mit der politischen Bildung bereits in der Grundschule beginnen. Beide Initiativen unterstütze ich.

Staatsbürgerliche Bildung, Informations- und Kommunikationsvermögen sowie Empathiebildung sollten ganz zentrale Aufgaben unserer Bildungspolitik sein, um Hass, Hetze und Cybermobbing im Netz entgegenzutreten.

Meine Damen und Herren, rund um Medienbildung und -erziehung gibt es viele Möglichkeiten und Wege für uns anzusetzen. Darüber sollten wir hier in Zukunft intensiv sprechen, beispielsweise auf einem Bildungsgipfel gemeinsam mit den Vertretern von Verbänden, Einrichtungen und Medien. Unsere Kinder brauchen mehr denn je ein sicheres Fundament in der digitalen Welt; denn sie tragen die Verantwortung in unserer Gesellschaft von morgen.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD,  
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Paul das Wort.

#### **Abg. Joachim Paul, AfD:**

Sehr geehrter Präsident, liebe Kollegen! „Fake News“ werden unheimlich mächtig, weil sich Institutionen, Parteien und insbesondere die Leitmedien in einer fundamentalen Glaubwürdigkeitskrise befinden. Der öffentlich-rechtliche Staatsfunk befindet sich in eben dieser Glaubwürdigkeitskrise und ringt um Ansehen.

(Zuruf von der SPD: AfD TV!)

Die Berichterstattung bzw. berüchtigte Nichtberichterstattung über die systematischen Übergriffe auf Frauen und Mädchen in der Kölner Silvesternacht, den Raketen- und Böllerbeschuss des Doms, beantwortet die Frage nach dem Warum beispielhaft.

Beim WDR fiel die Berichterstattung für 48 Stunden komplett aus. Das ZDF bewegte sich erst auf Druck, der gerade in den sozialen Medien aufgebaut wurde. Quälend lange wurden wesentliche Fakten unterschlagen. Die Bürger hatten in der Folge den Eindruck, die Kölner Ereignisse sollten offiziell wegmoderiert werden.

Wesentliche Leitmedien opferten die Wahrheit der lautstark ausgerufenen Willkommenskultur. Über Nacht erwiesen sich die sozialen Medien als schneller, glaubwürdiger, unabhängiger.

(Zuruf von der FDP: Unglaublich!)

Über Nacht wurden die Bürger kritischer, vielleicht, weil sie gerade nicht zeitnah und rückhaltlos informiert worden waren.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Sagt  
jemand, der Medien ausschließt!)

Der Verlegersohn Jakob Augstein twitterte von ein paar grabschenden Ausländern. Das Entsetzen der Bürger, der Protest der Frauen wurde als Riss der Zivilisation abgewertet. Weil Rot-Grün unter Journalisten eine absolute Mehrheit hat, wurde die Willkommenskultur zum Dogma. Folgerichtig kritisierten sie in erster Linie die Opposition, nicht die Regierung.

Die Hamburg Media School stellt in einer Studie über die Asylkrise fest, in den etablierten Medien, vorneweg die Tagesschau, fiel die kritische Berichterstattung weitgehend aus. Asylbewerber, besser ausgebildet als Deutsche. Alles gut? – Wir schaffen das!

Nach einer Studie der Johannes Gutenberg-Universität ist das Vertrauen in die Medien erodiert. 2016 gaben 22 % der Befragten an, ihnen nicht zu vertrauen. 2008 waren es 9 %. Schon die Achtundsechziger erkannten, Medien bilden auch politische Machtverhältnisse ab. Wer darüber nicht einmal nachdenken will, der sollte über Ungarn schweigen.

Die Bürger hinterfragen aber stärker als je zuvor, und sie haben ein eigenes Medium, das ihnen zur Seite steht. Die sozialen Medien sind eben nicht die „asozialen“ Medien, sondern längst ein wichtiges Korrektiv. Mittlerweile weiß jeder, dass ein verwackeltes Smartphone-Video die Wirklichkeit vollumfänglicher abbilden kann als die „heute“-Sendung.

(Beifall der AfD)

Betrachten wir die sozialen Medien als Bereicherung der Demokratie. Wenn es Ausrutscher gibt, dann sollten sich unabhängige Staatsanwälte darum kümmern, nicht parteipolitisch motivierte Minister.

(Beifall der AfD)

Deshalb müssen uns Bestrebungen alarmieren, die sozialen Medien zu beschneiden, den Meinungs- und Informationsaustausch dort zu beschränken, und das gerade unter der Chiffre „Bekämpfung von ‚Fake News‘“. Dabei lehnen wir doch den Begriff „Lügenpresse“ – er wurde übrigens von den Achtundsechzigern geprägt – vehement ab. Beide aber sind letztendlich auch Kampfbegriffe, der eine wie der

andere.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als am 2. Juni 1967 protestierende Studenten im Rahmen des Schah-Besuchs unter den Augen der Berliner Polizei von persischen Geheimdienstlern zusammengeschlagen wurden und sich ohnmächtig fühlten, erlebten sie das Medienecho als nachträgliche Verhöhnung durch das Establishment.

„Tagesspiegel“ und sogenannte Springer-Presse berichteten von Schah-Anhängern, die sich doch bloß gewehrt hätten. Die „Gammer“ seien schuld, die „Prügelperser“ im Recht. „Fake News“, damals wie heute: Etablierte gegen neue Kräfte.

Die Berichterstattung über die Kölner Silvesternacht ist mit jener über den 2. Juni 1967 vergleichbar. Damals wie heute fürchten Etablierte den Kontrollverlust. Die Gegenwart erinnert an das Aufkommen alternativer Medien in den 60er- und 70er-Jahren und die damit fast zwingend einhergehende Veränderung der politischen Landschaft. So war es nach der Erfindung des Buchdrucks und dem Massendruck der Flugblätter.

Ja, es stimmt. Immer mehr Bürger, die durch die digitalen Medien Verstärkeranlagen zur Verfügung haben, sind dabei, einen Konsens aufzukündigen, der Jahrzehnte Bestand hatte. Er lautete ungefähr so: Wir, die selbsternannte progressive Linke, sagen, wo es gesellschaftlich und kulturell langgeht, was gedacht und geschrieben werden soll und was nicht. Die anderen verhalten sich ruhig, sie dürfen sich wirtschaftlich verwirklichen. Dieser Konsens löst sich gerade auf.

(Abg. Dr. Jan Bollinger: So ist es!)

Gerade das ist demokratisch und deshalb gut so.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schule Ahrweiler, Fachrichtung Altenpflege. Seien Sie herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Roth das Wort.

#### **Abg. Thomas Roth, FDP:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollegin Lerch hat vorhin mit der Gurke treffend recht gehabt. Es ist eigentlich wirklich egal, welchen Tagesordnungspunkt wir behandeln. Ich habe immer das Gefühl, dass die Damen und Herren, die hier rechts sitzen, stets die freien Medien beschränken wollen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN –  
Heiterkeit bei der AfD –  
Zurufe von der AfD: Was?)

Deswegen will ich überhaupt nicht darauf eingehen, was Sie vorhin wieder deutlich gemacht haben, indem Sie versucht haben, zu diffamieren. Tut mir leid!

Meine Damen und Herren, Demokratie braucht Vertrauen, und Vertrauen entsteht dort, wo sich Menschen mit ihren Bedürfnissen nicht nur ernst genommen, sondern vor allen Dingen auch angenommen fühlen. Dabei geht es doch nicht um Bestimmtes oder gar Einheitliches, sondern um die vielfältigen und teilweise sogar widersprüchlichen Bedürfnisse einer vielfältigen Gesellschaft.

Es gehört zur Wesensart einer Demokratie, dass sie alle beteiligen will und nicht nur Anliegen diskutiert, die von einer bestimmten Gruppe als wichtig erachtet werden. In unserer parlamentarischen Demokratie müssen wir die Themen, welche die Menschen wirklich interessieren, auch im Parlament diskutieren.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger sich von dem, was und wie wir hier im Landtag diskutieren, nicht angesprochen und mitgenommen fühlen, werden sie sich abwenden und ihre Themen an anderer Stelle und auf andere Weise diskutieren.

Außer Frage steht, dass im Dialog im Netz teilweise Grenzen überschritten werden. Eine Trennung in eine gesellschaftliche Realität und in eine Netzrealität wäre aber nicht nur falsch, sondern sie wäre gefährlich. Herr Minister Merz hat vorhin angesprochen, wir leben in einer Welt.

Die Gefühle, die im Internet offen zutage treten, sind jedoch real. Sie sind auch Ausdruck dessen, was und wie ein Teil der Bevölkerung denkt. Das Netz schafft nicht nur Emotionen, es macht sie vor allem transparent.

Das Internet hat die Distanz zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik quasi aufgelöst. Plenarsitzungen werden live im Internet übertragen. Es wird auf Facebook gepostet, getwittert. Das alles ist ein Ausdruck von Bürgernähe.

Diese Nähe bietet zum einen die Möglichkeit zu einem direkten Austausch. Sie macht aber auch erreichbar für Hass, Hetze und unter Umständen sogar für Lügen. Das heißt allerdings nicht, dass es diese vorher nicht gegeben hätte. Durch die sozialen Medien sind die Befindlichkeiten transparenter geworden und können schneller artikuliert werden.

Wer sich früher über einen Politiker geärgert hat, der hat abends wütend einen Brief geschrieben, sich am nächsten Morgen überlegt, ob er ihn wirklich abschicken will und ihn dann vielleicht statt in den Briefkasten in die Mülltonne geworfen. Heute folgt der Emotion die Aktion, und zwar direkt.

Wer sich über einen Politiker ärgert, kann sich direkt und ohne Umwege dem Betroffenen selbst mitteilen. Ich warne davor, darin nur einen Nachteil zu sehen. Die direkte Kom-

munikation zwischen Bürgern und Politik kann eine echte Bereicherung sein, und in vielen Fällen ist sie das auch.

Wir haben heute Plattformen wie [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de), über die sich Bürgerinnen und Bürger direkt an ihre Abgeordneten wenden können. Da die Plattform auf die, neu-deutsch, Netiquette achtet, findet hier teilweise ein politischer Dialog auf höchstem Niveau statt.

Wir sollten daher gerade die sozialen Medien nicht nur unter der Überschrift „Lüge und Hass im Netz“, sondern stets auch unter der Überschrift „Direkte Demokratie und Bürgernähe“ diskutieren. Niemand hat gesagt, dass Bürgernähe immer angenehm sein muss. Trotzdem ist sie nicht nur wichtig, sondern vor allen Dingen eine Voraussetzung der Demokratie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der Vergangenheit miterlebt, wie eine große Volkspartei Politik mit einer Strategie der asymmetrischen Demobilisierung gemacht hat. Das heißt, Ziel dieser Form der Kampagnenführung war gerade nicht, die Bevölkerung für demokratische Debatten zu begeistern, sondern Diskussion von den Bürgerinnen und Bürgern fernzuhalten.

Wenn sich die Menschen nun die demokratische Debatte zurückholen, die man aus machttaktischen Gründen lange von ihnen ferngehalten hat, muss das kein schlechtes Zeichen sein. Soziale Medien sind emotionale Medien, und Emotionen sind ein wirksames Gegengewicht zur Gleichgültigkeit.

Eines sollten wir uns stets bewusst machen: Wo Hass und Lüge die Demokratie explodieren lässt, lässt die Gleichgültigkeit sie implodieren.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall der FDP und der CDU, bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Wir dürfen als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag Teilnehmer des Mainzer Landtagsseminars begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abgeordneter Dr. Braun.

#### **Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehöre zu diesen Leuten unter Ihnen, die schon Politik gemacht haben, bevor es das Netz gab. Auch bevor es das Netz gab, gab es Hassbriefe. Als Grüner hat man wahrscheinlich früher mehr Hassbriefe erhalten als manche anderen. Insofern ist es keine neue Dimension, dass wir Hassbriefe erhalten, egal ob elektronisch oder handschriftlich. Beim Windkraftausbau habe ich viele, viele handschriftliche Hassbriefe erhalten – das waren nicht junge Leute, wie man an der Handschrift sah.

Meine Damen und Herren, es gibt aber eine neue Dimension – darüber diskutieren wir heute –, nämlich dass es verborgene und vernetzte Hassbriefe und Kampagnen gibt. Diese Kampagnen sind gefährlich.

Wir können und wollen nicht dagegen vorgehen, wenn sich jemand im Internet dumm oder ungezogen äußert. Das ist mir relativ egal. Dummheit und schlechtes Benehmen kann man nicht verbieten, dagegen braucht man keine Gesetze zu machen. Das kann uns egal sein.

Wir können aber nicht schweigen, wenn es um gefährliche Dinge geht. Herr Schnieder, ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie das angesprochen haben. Es gibt diesen Punkt, an dem die „Hate Speech“ zu einer „Dangerous Speech“ wird,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD und des Abg. Christian Baldauf, CDU)

sich die Hassrede verselbständigt, noch nicht einmal der oder diejenige, der oder die die Hassrede postet, damit rechnet, dass sich daraufhin vielleicht jemand aktiviert.

Wir haben ein Beispiel in den 60er-Jahren gehabt, das mir schon seit Langem durch den Kopf geht. Rudi Dutschke wurde von einem verirrten, aber aufgehetzten Mann schwer verletzt und im Endeffekt getötet. Er hatte von verschiedenen Zeitschriften und Meinungsäußerungen seine Meinung bekommen und dann gehandelt. Es hatte ihn niemand dazu aufgefordert, aber er hat das als Aufforderung verstanden.

Vieles, was wir heutzutage im Netz lesen, hat einen ähnlichen Charakter. Wenn es Aufforderungscharakter hat, von einer größeren Gruppe immer wiederholt wird, diese Autorität im Netz hat und ihm nicht widersprochen wird, kann es passieren, dass sich Menschen aufgefordert fühlen.

Sie haben gesagt, wo böse Worte spazieren gehen, gehen bald auch Messer spazieren. Meine Damen und Herren, davor habe auch ich persönlich Angst, und davor müssen wir uns schützen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Hinzu kommt, dass es im Internet durchaus möglich ist, dass Menschen, die nicht öffentlich ihre Meinung sagen würden, dort ihre Meinung sagen oder sie Meinungen von anderen, die sie ebenfalls nicht öffentlich sagen, einfach wiederholen und damit noch verstärken.

Das gibt eine Lawine. Es fängt mit einem Schneeball an, und am Schluss haben wir diese Lawine, diese Hasslawine, und – wie man sagt – „Storm“. Es ist nur ein kleines Windchen, dass diesen „Storm“ am Anfang entfacht. Es kommt dann aber dazu, dass sich viele Menschen genötigt fühlen, mitzumachen und zu sagen, endlich drücke ich auch einmal auf das Knöpfchen und schicke diese E-Mail mit ab und verbreite die schon vorgefertigte Meinung im Netz.

Das ist ein Aspekt, der für mich auch die Dimension der Feigheit in sich trägt. Die Menschen wollen nicht offen



diskutieren. Sie wollen feige verborgen im Netz ihre Meinung sagen, und das ist gefährlich. Wenn jemand für seine Meinung einsteht, habe ich allen Respekt davor, egal, wie er die Meinung äußert. Verborgen Beschimpfungen ins Netz zu setzen, ist aber gefährlich, weil einem dann nicht widersprochen werden kann. Stattdessen hat man diese Meinung, verbreitet sie und hält sie am Schluss für richtig, weil man sich in einer „Bubble“ befindet, in der die Meinung immer wieder bestätigt wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen ist es wichtig, dass wir selbst widersprechen, sogenannte „Counter Speech“ üben und für die Ärmsten und diejenigen, die am schwächsten sind, welche im Netz am meisten beschimpft werden – das ist Tatsache –, eintreten, also für diejenigen, die sich nicht wehren können.

Herr Schnieder, ich will das nicht in die eine Gruppe lenken, aber Sie haben auch die Gruppe der Frauen erwähnt, die beschimpft wird.

Es ist ungeheuerlich, was sich im Netz bewegt. Da muss widersprochen werden, da muss doch jede und jeder widersprechen. Das ist doch gesellschaftlicher Konsens, dass man so etwas nicht dulden kann.

(Vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und CDU)

Wir als Grüne, möchte ich noch sagen, haben für den Bundestagswahlkampf eine Selbstverpflichtung unterschrieben, dass wir „Social Bots“ nicht nutzen wollen und eine Internetfeuerwehr einrichten. Ich fände es gut, wenn das viele andere auch machen würden.

(Glocke des Präsidenten)

Ich persönlich glaube nicht, dass es richtig ist, eine Enquete-Kommission über dieses Thema einzusetzen, aber ich bin natürlich offen dafür. Ich will so etwas nicht verhindern. Aber ich glaube, das Thema ist nicht geeignet für eine Enquete-Kommission.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Spiegel.

#### **Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte behandelt Lüge und Hass im Netz. Beide Phänomene „Fake News“ und „Hate Speech“ muss man zusammen betrachten. Das zeigt ein aktueller Fall, der mich als Integrationsministerin besonders betroffen macht.

Es geht um den syrischen Flüchtling Anas Modamani, der mit Frau Bundeskanzlerin Merkel im Jahr 2015 ein Selfie produziert hat. Dieses Bild wird bei Facebook zur Hetze missbraucht, er wird mit tiefstem Hass beschimpft und bewusst falsch in Zusammenhang mit Terroristen gebracht.

Es kann nicht sein, dass jemand, dem wir Schutz als Flüchtling bieten, im Netz keinen Schutz mehr genießt. Volksverhetzung und Beleidigungen sind Straftatbestände, die auch im Netz strafbar sind. Hier gibt es aber noch zu wenige rechtliche Konsequenzen.

Wir dürfen das Internet nicht zum rechtlosen Raum verwahrlosen lassen. Hierbei haben auch die sozialen Netzwerke selbst eine große Verantwortung, der sie derzeit noch zu selten gerecht werden.

Unser Partner jugendschutz.net befasst sich bereits seit vielen Jahren mit der Thematik „Hate Speech“ und „Fake News“ und hat im Rahmen eines Tests im vergangenen Jahr große Defizite festgestellt. Facebook entfernte oder sperrte nur 46 % der gemeldeten Hassbotschaften, YouTube nur 10 % und Twitter sogar nur mickrige 1 %. Die Bundesregierung hat versucht, durch Selbstverpflichtungen der großen Plattformbetreiber dem Hass und den Lügen im Netz Einhalt zu gebieten. Das hat nicht funktioniert, wie der Bund selbst einräumt.

Was wir brauchen, sind keine Lösungen, die auf den guten Willen der Unternehmen setzen, sondern die Facebook und Co. dazu verpflichten, Hass und Lügen spätestens nach 24 Stunden aus dem Netz zu löschen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thomas Weiner, CDU)

Meine Damen und Herren, das können Unternehmen, die Milliarden umsetzen, leisten, ganz besonders, wenn die Auswertung von Inhalten ihr Kerngeschäft ist.

Ich fordere das als Jugendministerin, als Familienministerin, als Verbraucherschutzministerin, als Integrationsministerin und vor allen Dingen als Frauenministerin.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das ist ja ein Riesenressort!)

Das wurde in den Beiträgen angesprochen, Frauen werden übermäßig häufig in sozialen Netzwerken beleidigt. 2014 fiel allein auf Twitter millionenfach das Wort „Schlampe“, und zwar im Laufe eines einzigen Monats. Auf Facebook hat sich mittlerweile eine besorgniserregende Diskussions- und Kommunikationskultur gegen Ausländerinnen und Ausländer, Muslime, Juden oder Sinti und Roma etabliert, oft auch in Verbindung mit glaubhaft aussehenden „Fake News“ von Rechtsextremen. Unter YouTube und Instagram lädt der IS seine menschenverachtenden Videos hoch und versucht gezielt, Jugendliche und sogar schon Kinder anzusprechen.

Meine Damen und Herren, hier muss unsere Gesellschaft handeln, und zwar zusammen: Politik, Social-Media-Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger.

Wir brauchen erstens eine regelmäßige Berichtspflicht für

Social-Media-Unternehmen. Der gesetzliche Jugendschutz bietet hierfür eine gute Grundlage. Wir brauchen zweitens eine Rahmengesetzgebung zur Löschung von Inhalten. Wir brauchen drittens von den Plattformbetreibern mehr Ressourcen für die Bekämpfung von Hass im Netz. Sie müssen technische Mittel optimieren und einsetzen, die Inhalte automatisiert erkennen und den erneuten Upload von bekannten verbotenen Inhalten verhindern können. Im Bereich des Urheberrechts praktiziert YouTube dies bereits. Gewisse Inhalte sollten effektiv verbunden werden. Bei Spam funktioniert das auch. Spam ist nur lästig, aber Hass ist gefährlich. Viertens sollten wir die Bevölkerung stärker für „Hate Speech“ und „Fake News“ sensibilisieren und klar aufzeigen, was jeder Einzelne dagegen tun kann. Das hat nicht nur eine rechtliche, es hat auch eine moralische und eine ethische Dimension und damit auch eine philosophisch konnotierte Dimension, meine Damen und Herren.

Die sozialen Netzwerke sind mittlerweile für viele Menschen ein wichtiger Teil ihres Lebens von klein auf. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Werte und Rechte auch dort gelten. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass ihre individuellen Rechte auch im Internet geschützt sind. Wir müssen alles dafür tun, dass der staatliche Strafanspruch auch in sozialen Netzwerken wirksam durchgesetzt wird.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD, der FDP und bei der CDU)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Baldauf das Wort.

**Abg. Christian Baldauf, CDU:**

„Mensch guck mal, was da getwittert wird. Oh, das läuft aber gut.“

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele Gespräche, auch hier in der Steinhalle, drehen sich um Aufmerksamkeit in sozialen Netzwerken,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das stimmt!)

Wer wie viele Fans und Follower hat, je mehr, umso besser, desto wichtiger, geht es doch um Meinungsmacht und Deutungshoheit. Wir selbst, Politiker und Journalisten, berufen uns allzu gerne auf das, was gerade „gezwitschert“ wird.

Nur – wir haben es in der Debatte heute mehrfach angesprochen –, hinter vielen Kommentaren, Tweets und Facebook-Likes stecken gar keine Menschen, sondern Meinungsmaschinen, Computerprogramme: Rund 20 % bei Twitter – manche Analysen gehen noch viel höher, bis zu 40 % – sind nicht echt. Viele Sätze auch nicht. Beispiele: Hört endlich einmal damit auf, uns Unsinn zu erzählen. Die Bevölkerung hat die Nase voll von unseren unfähigen Volksverdummern. Eigentlich sollte man Merkel vor Gericht stellen und verurteilen. – Das schreiben „Social

Bots“ und geben vor, Menschen zu sein. Sie simulieren Unterstützung, klicken Webseiten an, gauckeln Besucher- und Videoabrufzahlen vor, schreiben Lügen- und Hasskommentare und manipulieren Onlineumfragen.

Im Dezember wurden während einer „Hart aber Fair“-Sendung mehr als 20 % der Tweets von „Bots“ abgesetzt.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ja!)

„Bots“ erkennen, ob jemand auf einem Foto gut aussieht oder nicht. Die hässlichen Bilder werden als Miesmacher verbreitet: „Shitstorms“ vom Fließband.

500 US-Dollar – so viel kostet eine Software, mit der sich 10.000 Twitteraccounts steuern lassen. Es geht auch billiger: 1.000 falsche Follower gibt es ab 30 Euro aufwärts.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, politische „Bots“ sind gefährlich, und die Versuchung, sich gefakte Anhänger zu kaufen, ist groß. Wie groß, sieht man im US-Wahlkampf. Jeder dritte Tweet aus dem Trump-Lager war ein „Bot“, bei Clinton knapp jeder vierte.

Das eigentliche Problem aber entsteht, wenn alles zusammenkommt, wenn die drei Komponenten Propaganda-roboter, „Fake News“ und personalisierte Wahlwerbung ineinandergreifen und von oben gesteuert werden, so wie es in den USA geschehen ist; denn dann hängt künftig der Ausgang von Wahlen davon ab, wer die dreckigsten oder cleversten Big-Data-Strategien hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU, bei SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Transparenz, eine Verschärfung der Kennzeichnungspflichten, das generelle Verbot von „Propagandabots“ mit strafrechtlichen Folgen sowohl für Programmierer als auch Abnehmer fordern aktuell mehrere Justizminister der Länder. Problem: schwierig umzusetzen. – „Bots“ werden ständig schlauer, die Zurechnung deshalb immer schwieriger, erst recht, wenn sie aus dem Ausland kommen.

Trotzdem kann ich mir ein Verbot vorstellen und plädiere massiv dafür; denn ich bin überzeugt, „Social Bots“ haben in der Politik nichts verloren.

(Beifall der CDU, bei FDP, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der  
SPD)

Meine Damen und Herren, hier läuft etwas aus dem Ruder. Wir sollten in den nächsten Monaten gerade auch vor der Bundestagswahl alles dafür tun, um computergesteuerter Stimmungsmache einen Riegel vorzuschieben.

(Beifall der CDU, bei FDP, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der  
AfD)

Wir, die im Landtag vertretenen Parteien, sollten den Einsatz von politischen „Social Bots“ ablehnen und uns zu

digitaler Fairness verpflichten, wie es Kollege Braun für seine Partei schon gesagt hat; denn Wahlkampf ist in einer Demokratie grundsätzlich eine öffentliche Angelegenheit. Man kämpft mit offenem Visier, sagt, wer man ist und was man will. Das ist der Sinn von Wahlkampf: das Werben für seine Ziele und um Vertrauen. – Aber eines ist klar: Wahlkampf und Anonymität schließen einander aus. Hinter jeder Meinung muss ein Mensch erkennbar sein, der diese Meinung verantwortet, nicht Maschinen.

(Beifall der CDU, bei der AfD und der Abg.  
Helga Lerch, FDP)

Das vergiftet die offene Meinungsbildung, das höhlt die Grundsätze unseres politischen Systems aus. Demokratie braucht Vertrauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den beiden letzten Stunden viele Möglichkeiten diskutiert, und ich bin mir sicher, dass wir erst am Anfang stehen. Die Herausforderungen und Probleme, vor die uns die digitale Kommunikation stellt, jeden Einzelnen privat und die Gesellschaft als Ganzes, werden wir in den kommenden Monaten und Jahren immer wieder und immer wieder neu diskutieren und klären müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich denke, wir als Politiker und als Parteien gemeinsam mit den Medien haben vieles selbst in der Hand. Meine Damen und Herren, wir leben in einer Zeit, in der es darauf ankommt, für Werte und demokratische Prinzipien einzustehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU, bei SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Schweitzer das Wort.

**Abg. Alexander Schweitzer, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, die Verpflichtung und die Last, als Letzter in dieser Debatte das Wort ergreifen zu können. Ich erlaube mir deshalb, einfach zu sagen, dass wir uns, dem Parlament, gemeinsam einen Gefallen getan haben, indem wir gezeigt haben, wie wir diese Debatte miteinander geführt haben. Ich glaube, dass wir unterschiedliche Positionen ausgetauscht haben und das Bestandteil einer Debatte ist, aber die Art und Weise, wie wir das miteinander getan haben, darf gut und gerne eine Visitenkarte des rheinland-pfälzischen Landtags sein, meine Damen und Herren. Ich bin sehr dankbar dafür.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und CDU)

Lassen Sie mich einige inhaltliche Bemerkungen machen. Natürlich haben wir alle das Empfinden, dass sich etwas tut und das Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit, Politik,

Vertreterinnen und Vertretern in der Politik in einer dynamischen Entwicklung ist. Natürlich ist es so, aber Medien sind zunächst einmal neutral. Nicht das Internet ist schlecht oder gut. Das war schon immer so, dass Medien zunächst einmal neutral sind. Das war schon tief im analogen Zeitalter so. Das Stück Papier als Brief benutzt, hatte unterschiedliche Möglichkeiten. Man konnte einen Liebesbrief genauso wie eine Kriegserklärung schreiben, meine Damen und Herren. Es liegt also nicht am Medium.

Es liegt an der Botschaft, die man setzen will. Das möchte ich gern in das Internet übertragen. Nicht das Internet per se verleitet Menschen dazu, sich so oder so zu verhalten und zu äußern, sondern es liegt in der persönlichen Verantwortung eines jeden, wie er sich äußert. Auch das ist mir wichtig, in einer solchen Debatte zu erwähnen, meine Damen und Herren.

Das Verhältnis von Bürgern, Politik und Medien ist in einem dynamischen Prozess. Ja, ich glaube auch, dass das Thema Gleichzeitigkeit, Verfügbarkeit und Geschwindigkeit eine Rolle spielt. Ich weiß nicht, wer es gesagt hat – ich glaube, Thomas Roth war es –, aber es ist ein schönes Beispiel.

Früher gab es einen natürlichen, einen technischen Filter zwischen der Veröffentlichung und dem Schreiben eines Leserbriefs. Das war die Tatsache, dass man die alte Reiseschreibmaschine herausholen und ein Stück Papier finden musste. Das hat man dann eingezogen und im Zwei-Finger-Tippsystem geschrieben, was einen stört. Dann hat man noch eine Briefmarke gesucht.

Wenn man sie gefunden hat, ist dann der Brief irgendwann in der Redaktion angekommen. Heute ist der Weg sehr, sehr viel kürzer.

Ich habe den Eindruck, manchen Mails, die man so bekommt, und manchem Leserbrief, den man so liest, liest man auch ab, dass der Weg kurz war. Vielleicht war er auch zu kurz, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der  
CDU)

Das soll aber keine Schelte werden, weil natürlich die Unmittelbarkeit auch eine Chance beinhaltet. Ich glaube, dass wir ganz oft mit Bürgerinnen und Bürgern im Kontakt stehen, die ohne die Facebook-Nachrichtenfunktion vielleicht nicht schreiben würden. Dann ergibt sich ein Kontakt und die Möglichkeit, in einen Austausch zu gehen. Auch da zeigt sich wieder, nicht das Netz ist per se schlecht oder gut, sondern es bietet Möglichkeiten. Es ist Verantwortung, die diese Möglichkeiten mit sich bringt, eine ganz individuelle, die ich hervorgehoben habe, aber natürlich auch Verantwortung, die bei den Plattformen liegt.

Die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die Facebook und andere haben, müssen aus meiner Sicht auch mit sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung einhergehen. Da gibt es noch einiges an Nachholbedarf.

Für gesetzliche Möglichkeiten, die gesucht werden können – Herbert Mertin hat eine ganz konkrete genannt –, und

darüber hinaus für regulierende Möglichkeiten bin ich offen. Ich will aber deutlich sagen, Politik darf nie wieder den Fehler begehen, wie wir ihn vor einem Jahrzehnt einmal begangen haben, als wir geglaubt haben, wir können sozusagen mit den Mechanismen der Straßenverkehrsordnung Stopp-Schilder zeigend im Internet unterwegs sein.

Wir haben ein ganzes Stück Vertrauen bei einer jungen Generation verloren, die gesagt hat, ihr versteht gar nicht, wie das Netz aufgebaut ist und wie wir im Netz interagieren. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt. Wir müssen uns mit dem Netz in einem permanenten Lernprozess befinden und sagen: Das, was wir wollen, das wollen wir stärken. Die, die schwach sind im Netz, die wollen wir stärken. Die, die Hass verbreiten, denen wollen wir deutlich machen, nicht mit uns, nicht mit der Unterstützung der Mehrheit in diesem Land. – Das ist Demokratie. Wir müssen unsere Regeln der Demokratie, des Parlaments und darüber hinaus auch ins Netz übertragen. Das ist ein hehrer Anspruch, aber genau das ist die Aufgabe, vor der wir alle miteinander stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich sagen, dass das, was zu den „Fake News“ richtig gesagt wurde, auch kein neues Phänomen ist. Dieses Land Rheinland-Pfalz ist eng verknüpft – nicht als Land, aber zumindest geografisch – mit einer „Fake News“, die einmal den Krieg von 1870/71 ausgelöst hat, die sogenannte Emser Depesche. Das war definitiv vor dem Internetzeitalter. Es war ein Telegramm alten Stils. Es hat aber dazu geführt, dass Bismarck einen Grund gefunden hat, den Krieg von 1870/71 auszulösen. Wir müssen also auch da aufpassen, dass wir nicht von Dingen reden, die schon lange vorhanden sind, die uns aber vielleicht an der Stelle im Internet ganz, ganz neu fordern.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, deshalb hat uns diese Debatte einen Fingerzeig gegeben, aber das kann nicht der Abschluss sein. Ein ganzes Stück habe ich schon noch die Befürchtung, dass wir selbst dann, wenn wir uns Mühe geben, ein ganzes Stück auch Teil einer elitären Debatte sind. Diese Debatte muss sich öffnen. Wenn wir über Opfer reden, wenn wir über Betroffene reden, dann müssen die zur Debatte eingeladen werden. Wenn wir über wirtschaftliche Verantwortung reden, dann wollen wir die auch benennen. Dann müssen die auch an einen Tisch.

Deshalb will ich deutlich sagen: Wenn eine Enquete-Kommission in einer gemeinsamen Diskussion der Fraktionen der richtige Rahmen sein kann, dann habe ich persönlich dafür eine große Offenheit. Sie muss aber einen deutlichen Fingerzeig geben, wie wir in Rheinland-Pfalz mit diesen Fragen in der Zukunft umgehen können. Es muss dann konkret werden.

Der allgemeine Austausch hat heute stattgefunden, okay, aber dann muss es konkreter werden. Das ist mein Anspruch an die Debatte in der Zukunft.

Danke schön.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Hendrik Hering:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich für die niveauvolle Diskussion bedanken. Ich glaube, wir haben eindrucksvoll als rheinland-pfälzisches Parlament bewiesen, dass man eine schwierige, auch umstrittene Frage in einem vernünftigen Klima diskutieren kann. Damit haben wir auch ein Beispiel, wie man für Demokratie werben kann. Der Zuschauer hat gemerkt, hier wird ernsthaft mit gegenseitigem Respekt diskutiert. Das sollten wir uns für andere Debatten ein Stück weit als Vorbild nehmen.

Vielen Dank dafür.

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache [17/2036](#) –  
Zweite Beratung

**dazu:**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur  
– Drucksache [17/2244](#) –

Gemäß Absprache im Ältestenrat erfolgt die Behandlung ohne Aussprache. Ich bitte Frau Abgeordnete Schneid um Berichterstattung.

**Abg. Marion Schneid, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Beschluss des Landtags vom 25. Januar 2017, Plenarprotokoll 17/20, ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Es handelt sich vorwiegend um formale Änderungen hochschulrechtlicher Bestimmungen und Vorschriften.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht übernimmt den Vorsitz)

Der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur hat den Gesetzentwurf in seiner 8. Sitzung am 8. Februar 2017 beraten. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 13. Sitzung am 9. Februar 2017 beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Frau Abgeordnete Schneid, vielen Dank für die Berichterstattung. Der Ältestenrat hat abgesprochen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine Aussprache erfolgen soll. Wir können deshalb in zweiter Beratung unmittelbar über den Gesetzentwurf abstimmen.

Wer dem Gesetzentwurf – Drucksache 17/2036 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Das ist einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Vielen Dank. Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung einstimmig angenommen worden.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des  
Gerichtsorganisationsgesetzes, des Landesgesetzes  
über die Höfeordnung und kostenrechtlicher  
Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 17/2048 –  
Zweite Beratung

**dazu:**

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses  
– Drucksache 17/2243 –

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Schnieder, das Wort.

**Abg. Gordon Schnieder, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die erste Beratung des Gesetzentwurfs hat in der Plenarsitzung am 25. Januar 2017 ohne Aussprache stattgefunden. Der Rechtsausschuss hat ihn in seiner Sitzung am 9. Februar 2017 ausführlich besprochen und dem Parlament einstimmig empfohlen, dem Landesgesetz zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Schnieder für die Berichterstattung. Im Ältestenrat ist für diesen Tagesordnungspunkt eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart worden. Ich bitte um Wortmeldungen. – Ich erteile Herrn Abgeordneten Henter das Wort.

**Abg. Bernhard Henter, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um Organisationsänderungen im Allgemeinen oder Organisationsänderungen bei den Gerichten geht, ist normalerweise besondere Sorgfalt geboten, und man weiß normalerweise auch erst im Nachhinein, ob das sinnvoll war oder nicht.

Im vorliegenden Fall soll aus organisatorischen Gründen die gerichtliche Zuständigkeit für Entscheidungen über Beschwerden in Angelegenheiten nach dem Landesgesetz über die Höfeordnung landesweit dem Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken zugewiesen werden. Hier sind insbesondere Effizienzgründe maßgeblich. Man sagt, die geringe Anzahl an Verfahren erfordere eine Konzentration, weshalb das Sachwissen bei einem Gericht konzentriert werden könne.

Daneben soll die Möglichkeit eröffnet werden, in Erbscheinverfahren zur Verfahrensvereinfachung von der Hinzuziehung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter abzusehen. In der Begründung ist ausdrücklich aufgeführt, dass die Anzahl der Verfahren – ich glaube, in den vergangenen Jahren waren es zwei pro Jahr – nicht sehr hoch ist. Es macht Sinn, das bei einem Gericht zu konzentrieren. Wir werden dieser Sache zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Sippel von der Fraktion der SPD das Wort.

**Abg. Heiko Sippel, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Henter, bei dieser Frage sind wir uns einig. Wir werden dem Gesetz ebenfalls zustimmen. Es macht einfach Sinn, die Zuständigkeit für die Beschwerdeverfahren zur Höfeordnung auf das Pfälzische Oberlandesgericht zu konzentrieren, zumal das Gericht bereits die zentrale Beschwerdeinstanz bei Landwirtschaftssachen ist.

Es waren nur noch wenige Verfahren zur Höfeordnung, die beim Oberlandesgericht Koblenz aus diesem Rechtskreis heraus verblieben sind. Insoweit wird die Zuständigkeit für die komplette Rechtsmaterie nun vereinheitlicht.

Durch die Bündelung von Spezialwissen können die Verfahren noch effektiver bearbeitet werden. Beide Präsidenten – das ist wichtig hinzuzufügen – der Gerichte haben der Übertragung zugestimmt. In Anbetracht von ein bis zwei Verfahren im Jahr sind die Auswirkungen sicherlich sehr begrenzt.

Wir stimmen ebenfalls der Verfahrensvereinfachung und Beschleunigung durch den Einsatz von Einzelrichtern bei Erbscheinverfahren zu. Es geht hier um reine Rechtsfragen, die nicht zwingend der beruflichen Fachkunde von Laienrichterinnen und Laienrichtern bedürfen.

Die Anpassung kostenrechtlicher Vorschriften an das Gerichts- und Notarkostengesetz ist geltendes Recht und insoweit nur eine redaktionelle Änderung. Soweit Ermessen besteht, wurde dieses zugunsten der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler ausgeübt.

Auch in der Zukunft werden wir uns immer wieder die Frage stellen müssen, wo wir durch Konzentration, durch Bündelung

lung eine effektive Justiz gewährleisten können. Das gilt natürlich unter der Wahrung einer bürgernahen Justiz. Wir müssen das Schritt für Schritt und mit Augenmaß tun. So machen wir das in Rheinland-Pfalz. Im vorliegenden Fall ist das genauso.

Danke schön.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sippel. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Lohr von der Fraktion der AfD.

**Abg. Damian Lohr, AfD:**

Herr Präsident, verehrte Kollegen! Die Vorteile haben Herr Kollege Sippel und Herr Kollege Henter schon erläutert. Ich möchte das nur noch kurz seitens der AfD-Fraktion aufrollen.

Natürlich sind die erwarteten Mehreinnahmen für die klammen Kassen des Landes Rheinland-Pfalz ein positiver Aspekt. Auch die Bündelung des Fachwissens beim OLG in Zweibrücken ist ein guter Aspekt. Dadurch entsteht auf der einen Seite natürlich Kontinuität, und dadurch wird auf der anderen Seite auch Rechtssicherheit gewährleistet.

Dementsprechend stimmt die AfD-Fraktion – wie im Ausschuss – zu.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Vielen Dank. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Weber von der Fraktion der FDP.

**Abg. Marco Weber, FDP:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch die FDP-Fraktion begrüßt das Landesgesetz zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetz, des Landesgesetzes über die Höfeordnung und kostenrechtlicher Vorschriften.

Von den Vorrednern wurden die Vorteile schon sehr gut beschrieben. Es sind im Schnitt zwei Fälle im Jahr. Daher sehen wir die Bündelung am Gericht in Zweibrücken sehr positiv. Das wird dafür sorgen, dass das Know-how vorhanden ist und die Erledigung in gewohnter Qualität und Routine in Zweibrücken vonstatten geht.

Ich will die Dinge nicht noch einmal wiederholen. Wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Vielen Dank. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schellhammer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf. Wir begrüßen, dass dem Oberlandesgericht Zweibrücken die landesweite Zuständigkeit in Beschwerdeangelegenheiten auf der Grundlage des Landesgesetzes über die Höfeordnung übertragen werden soll.

Bereits jetzt ist das Oberlandesgericht Zweibrücken für Beschwerden in Landwirtschaftssachen zuständig. Die jetzt vorgesehene Bündelung der Beschwerdezuständigkeit schafft eine Vereinheitlichung der Kompetenzen.

Aus diesen auch schon von meinen Vorrednern genannten Gründen stimmt auch meine Fraktion zu.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Vielen Dank. Nun erteile ich noch Herrn Staatsminister Mertin das Wort.

**Herbert Mertin, Minister der Justiz:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vor vielen, vielen Jahren gab es in Rheinland-Pfalz deutlich mehr Verfahren aus dem Bereich der Landwirtschaft. Das ist heute nicht mehr der Fall. Das ist schon dargestellt worden.

Ursprünglich war es so, dass Verfahren in Landwirtschaftssachen im Beschwerdeverfahren dem OLG Zweibrücken und Verfahren nach der Höfeordnung dem OLG Koblenz zugewiesen worden sind.

Angesichts der geringen Fallzahlen macht dies keinen Sinn mehr, weshalb wir als Landesregierung von der bundesrechtlichen Ermächtigung Gebrauch machen und mit dem vorgeschlagenen Gesetz die Zuständigkeit allein dem OLG Zweibrücken in diesen Verfahren nach der Höfeordnung zuweisen.

Wir greifen auch eine Möglichkeit des Bundesgesetzgebers auf, in Erbscheinverfahren in Landwirtschaftssachen ohne ehrenamtliche Richter seitens des Gerichts tätig werden zu können. Ich betone, das machen wir nicht – Herr Kollege Billen –, weil wir ein Misstrauen gegen die Landwirtschaft hätten. Aber wenn sich zum Beispiel herausstellt, dass ein Erbschein fehlerhaft ist, ist es im Interesse der Landwirtschaft, ihn möglichst schnell wieder einzuziehen, damit der böse Rechtsschein nicht mehr in der Welt ist. Das ist eben etwas, was wir dann deutlich schneller machen können, wenn wir nicht noch die ehrenamtlichen Richter auf postalischem Weg hinzuziehen müssen. Insofern machen wir von dieser Regelung des Bundesgesetzgebers auch in diesem Sinne Gebrauch.

Der Rest sind Änderungen und Anpassungen an die jetzt auf Bundesebene geltende Gerichts- und Notarkostengesetzgebung. Früher hieß das Kostenordnung. Das müssen wir im Landesrecht entsprechend anpassen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Vielen Dank, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium nicht mehr vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung über diesen Gesetzentwurf – Drucksache 17/2048 –. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Vielen Dank. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik**

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 17/2159 –

Erste Beratung

Gemäß Absprache im Ältestenrat soll die Behandlung ohne Aussprache erfolgen. Ich sehe keinen Widerspruch im Saal.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf – federführend – an den Haushalts- und Finanzausschuss und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Damit ist das so geschehen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die Beglaubigungsbefugnis**

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 17/2160 –

Erste Beratung

Auch hier gibt es die Absprache des Ältestenrates, dass der Gesetzentwurf in dieser ersten Beratung ohne Aussprache behandelt werden soll. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Gibt es Widerrede? – Das ist nicht der Fall. Damit ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Rengsdorf und Waldbreitbach**

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 17/2239 –

Erste Beratung

Auch hier hat der Ältestenrat beschlossen, dass der Gesetzentwurf in der ersten Beratung ohne Aussprache behandelt werden soll. Der Überweisungsvorschlag lautet, dass der Innenausschuss – federführend – und der Rechtsausschuss beraten sollen. – Ich sehe keinen Widerspruch zu diesem Vorschlag. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz über das Verfahren bei Volksinitiativen, Referenden, Volksbegehren und Volksentscheiden**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

– Drucksache 17/2240 –

Erste Beratung

Auch hier hat der Ältestenrat beschlossen, dass die erste Beratung ohne Aussprache erfolgen soll. Der Überweisungsvorschlag lautet: Innenausschuss – federführend – und Rechtsausschuss. – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist das so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung und der heutigen Plenarsitzung.

Ich schließe die Sitzung. Wir sehen uns morgen früh um 09:30 Uhr zur 24. Plenarsitzung wieder.

Schönen Abend.

Ende der Sitzung: 16:49 Uhr